



Anträge

zum Kleinen Parteitag
der SPD Baden-Württemberg
in Balingen

22. Juli 2017

Kleiner Parteitag Balingen 22.07.2017

Berichterstatter*innen

Antragsbereich	Berichterstatter*innen	Seite
Familie	Birte Könnecke	3
Soziales	Christian Soeder Daniela Harsch	13
Partei	Ralf Spörkel Martin Rosemann	24
Arbeit	Florian Wahl Andrea Schiele	54
Außen- und Entwicklungspolitik	Christian Soeder Igor Gilitschenski	59
Bildung	Ralf Spörkel Dorothea Kliche-Behnke	61
Integration	Birte Könnecke Dorothea Kliche-Behnke	62
Innen und Recht	Birte Könnecke Ralf Spörkel	65
Kommunalpolitik	Florian Wahl Igor Gilitschenski	68
Umwelt und Verkehr	Christian Soeder René Repasi	70
Wirtschaft	Ralf Spörkel René Repasi	72
Wohnen	Dorothea Kliche-Behnke	74
Organisation	Martin Rosemann	78
Initiativanträge / Resolutionen	René Repasi	

Familie

Antragsbereich F/Antrag 1

Kennnummer 11429

Landesvorstand

Allen Kindern eine Perspektive geben!-Unser Kampf gegen Kinderarmut

Allen Kindern eine Perspektive geben!-Unser Kampf gegen Kinderarmut

5 Der 5. *Armut- und Reichtumsbericht* der Bundesregierung kommt zu dem traurigen Ergebnis, dass die Armut von Kindern in Deutschland erneut zugenommen hat. Bis zu **19,4 Prozent** aller Mädchen und Jungen sind von Einkommensarmut betroffen. Das sind **2,5 Millionen** Kinder.

Annahme in der Fassung der Antragskommission

10 Der von unserer Sozialministerin Katrin Altpeter vorgelegte *Armut- und Reichtumsbericht* der grün-roten Landesregierung aus dem Jahr 2015 kam ebenfalls zum Ergebnis, dass die Kinderarmut selbst im reichen Baden-Württemberg kontinuierlich zunimmt. Diese Kinder sind nicht nur im Jetzt mit den Folgen von Armut konfrontiert, sondern sie haben auch geringe Bildungschancen, eine niedrigere medizinische Versorgung und eingeschränkte Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Armut in der Kindheit kann das ganze Leben prägen und die Zukunftsperspektiven dieser Heranwachsenden einschränken. Wer aktiv gegen Kinderarmut angeht, stärkt die Chancen und den Zusammenhalt einer ganzen Generation.

30 Die Geschichte der Kinderarmut erzählt die Geschichten des Alltags von Kindern von erwerbslosen Eltern/Erziehungsberechtigten, Alleinerziehenden, Familien mit Migrationshintergrund und/oder mit vielen Geschwistern. Ihre Lebensrealität ist unterschiedlich, aber von einem Mangel an Geld und Zeit geprägt. Unser Ziel ist es, dass kein Kind in Armut aufwachsen muss. Dafür müssen wir die verschiedenen Ursachen von Kinderarmut beseitigen und die soziale Absicherung von Kindern ausbauen.

Die Geschichte der Kinderarmut erzählt insbesondere Geschichten des Alltags vieler von Kindern von Erwerbslosen

40

Vereinbarkeit Familie und Beruf verbessern

Vereinbarkeit **von** Familie und Beruf verbessern

Das Armutsrisiko eines Kindes sinkt durch die Berufstätigkeit der Erziehungsberechtigten.

45 Gute Beschäftigungsverhältnisse sind demnach ein Schlüssel zur Vermeidung von Kinderarmut. Auffällig ist jedoch, dass die Armutsquote weiter steigt, obwohl mehr Erwerbsfähige in Arbeit sind. Gründe dafür
50 stellen eine Anstellung im Niedriglohnssektor oder in gering entlohnten Berufen, wie z.B. im sozialen Bereich, dar.

Wir werden deshalb den eingeschlagenen Weg der Bekämpfung prekärer Beschäftigungsverhältnisse konsequent fortführen. Die sozialen Berufe werden wir aufwerten. Dies beginnt schon bei der Ausbildung. Aus vollschulischen

55 Ausbildungen, wie zum Beispiel zum/zur Erzieher*in, werden wir eine echte duale Ausbildung machen. Damit fallen nicht nur die Ausbildungsgebühren weg, sondern wir schaffen zudem eine Ausbildungsvergütung.
60 Für die verschiedenen Gesundheitsfachberufe schaffen wir einen bundeseinheitlichen Rahmen. Um der Zersplitterung der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen und der Tarifabschlüsse zu begegnen, brauchen wir
65 einen allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrag Soziales.

Um Eltern/Erziehungsberechtigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung eine echte Chance zu geben, die eigene Familie auf lange Sicht selbstständig ernähren zu können, werden wir Teilzeitausbildungsmöglichkeiten weiter ausbauen. Das hilft vor allem Alleinerziehenden.

75 Wir wollen diejenigen auch besonders unterstützen, die in einem Ausstellungsverhältnis auf aufstockende Sozialleistungen angewiesen sind. Eine Ausbildung bedeutet auch ein finanzieller Mehrbedarf und stellt in vielen Fällen eine lange finanzielle Durststrecke einer Familie dar. Diesen Mehrbedarf wollen wir mit einem Ausbildungszuschuss auf die Grundsicherung für Eltern/Erziehungsberechtigte ausgleichen.

90 Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen sind in Teilzeit beschäftigt, obwohl viele von ihnen angeben, mehr arbeiten zu

Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen sind in Teilzeit beschäftigt, obwohl viele von ihnen angeben, mehr arbeiten zu wollen. Damit sie dies auch tun können, müssen nicht nur die Betreuungsangebote stimmen, sondern auch die sogenannte „Teilzeitfalle“ überwunden werden. Ein Baustein hierfür ist die Verankerung des Rückkehrrechts zur alten Arbeitszeit. Die Unionsparteien haben dieses wichtige gleichstellungspolitische und existenzsichernde Projekt in dieser Legislaturperiode verhindert und damit den Koalitionsvertrag gebrochen. Das hat nicht nur Konsequenzen für die betroffenen Frauen, sondern trägt auch zur weiteren Armutsgefährdung vieler Kinder bei.

Um Eltern/Erziehungsberechtigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung eine echte Chance zu geben, die eigene Familie auf lange

95 wollen. Damit sie dies auch tun können, Sicht selbstständig ernähren zu können,
müssen nicht nur die Betreuungsangebote werden wir Teilzeitausbildungsmöglichkeiten
stimmen, sondern auch die sogenannte weiter ausbauen. Das hilft vor allem
„Teilzeitfalle“ überwunden werden. Ein Alleinerziehenden.
Baustein hierfür ist die Verankerung des Wir wollen diejenigen auch besonders
Rückkehrrechts zur alten Arbeitszeit. unterstützen, die in einem
100 Die Unionsparteien haben dieses wichtige Ausbildungsverhältnis auf aufstockende
gleichstellungspolitische und Sozialleistungen angewiesen sind
existenzsichernde Projekt in dieser **unabhängig davon, ob sie in Vollzeit oder in**
Legislaturperiode verhindert und damit den **Teilzeit ausgebildet werden.** Eine Ausbildung
105 Koalitionsvertrag gebrochen. Das hat nicht bedeutet auch ein finanzieller Mehrbedarf
nur Konsequenzen für die betroffenen Frauen, und stellt in vielen Fällen eine lange finanzielle
sondern trägt auch zur weiteren Durststrecke einer Familie dar. Diesen
Armutgefährdung vieler Kinder bei. Mehrbedarf wollen wir mit einem
Ausbildungszuschuss auf die Grundsicherung
für Eltern/Erziehungsberechtigte ausgleichen.

110

*Für uns steht fest: Wer berufstätig ist, muss
von seinem/ihrem Lohn eine Familie ernähren
können.*

115

Gute Kinderbetreuungsangebote sind die
Voraussetzung zur Vereinbarkeit von Familie
und Beruf. Wir werden die Angebote in der
120 Kita, dem Kindergarten und der
Kindertagespflege deshalb kontinuierlich
ausbauen. Besonders im Bereich des
Ganztagsbetriebs und zu Randzeiten haben
wir in Baden-Württemberg trotz aller Erfolge
125 noch einen großen Nachholbedarf. Wir
werden deshalb einen Rechtsanspruch auf
eine Ganztagsbetreuung einführen. Auch die
Kindertagespflege werden wir finanziell mehr
unterstützen, um diese Betreuungsform
130 weiter auszubauen. Um auch eine
Erwerbstätigkeit in Schichtarbeit ermöglichen
zu können, setzen wir uns für den Ausbau von
24 Stunden-Betreuungsmöglichkeiten ein,
damit das Kind bei Bedarf auch nachts gut
135 betreut ist. Damit die Vereinbarkeitsprobleme
nicht mit dem Beginn der Schulzeit erneut
auftauchen, werden wir für Grundschul Kinder
einen Rechtsanspruch auf eine
Ganztagsbetreuung einführen. Wir halten an
140 unserem Ziel von mehr rhythmisierten
Ganztagsgrundschulen fest und setzen uns in
den Kommunen für ihre Einführung ein.

Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf
145 bedeutet aber auch mehr Zeit für Kind(er) oder
Angehörige zu haben, wenn man gerade

gebraucht wird. Dies ist der Fall, wenn die Kinder noch klein oder Familienmitglieder pflegebedürftig sind. In der großen Koalition haben wir vom ElterngeldPlus bis zur Verbesserung von pflegenden Angehörigen bereits große Verbesserungen für Familien auf den Weg bringen können. In einem nächsten Schritt möchten wir Familien dabei unterstützen, ihre Arbeitszeit partnerschaftlich aufzuteilen und damit mehr Zeit für die Familie zu haben. Dazu werden wir das Familiengeld einführen, welches für 24 Monate gezahlt wird. Es beträgt jeweils 150 Euro monatlich für beide Eltern, wenn sie jeweils 75 Prozent bis 90 Prozent der jeweiligen regulären Vollzeit arbeiten. Gerade Familien mit kleinen Einkommen sollen sich eine gerechte Aufteilung von Familie und Beruf leisten können. Natürlich werden auch Allein- oder getrennt Erziehende sowie Regenbogenfamilien das Familiengeld erhalten.

~~Dies ist der Fall, wenn die Kinder noch klein oder Familienmitglieder pflegebedürftig sind.~~

~~Natürlich werden~~ Auch Allein- oder getrennt Erziehende sowie Regenbogenfamilien **werden** das Familiengeld erhalten.

170 *Für uns steht fest: Nur wer gute Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf schafft, beugt Kinderarmut vor.*

175 Familien finanziell entlasten

Hohe Kindergartengebühren, steigende Mieten und Nachteile in unserem Steuer- und Abgabensystem belasten besonders diejenigen Familien, die ohnehin schon von Einkommensarmut betroffen sind und wirken sich stark auf die Lebensverhältnisse von Kindern aus. Unser Ziel ist es, Familien finanziell zu entlasten.

185 Die Elternbeiträge für Kinderbetreuungsangebote stellen in den meisten Kommunen in Baden-Württemberg eine große monatliche finanzielle Belastung für Familien dar. Für Familien, deren Einkommen nur knapp über dem Betrag liegt, bei dem eine Kostenübernahme durch das Jugendamt erfolgt, stellen die Elternbeiträge sogar eine enorme Armutsgefährdung dar.

190 Kitas und Kindergärten sind für uns Orte der frühkindlichen Bildung. Wir werden deshalb die Gebühren für Kitas und Kindergärten abschaffen.

195

200 In Baden-Württemberg mangelt es fast
allerorts an bezahlbarem Wohnraum.
Familien mit geringem Einkommen,
Alleinerziehende und Familien mit
205 Migrationshintergrund sind auf dem
überlasteten Wohnungsmarkt in Baden-
Württemberg stark benachteiligt. Ein Zuhause
für sich und seine Familie zu haben, darf kein
Armutrisiko sein. Wohnen ist ein
210 Menschenrecht. Es reicht deshalb nicht aus,
die Bundesmittel zur Wohnungsbauförderung
in voller Höhe weiterzugeben, auch das Land
muss die Mittel zur Schaffung von
bezahlbarem Wohnraum deutlich erhöhen.
Um mehr günstigen Wohnraum zu schaffen,
215 wollen wir eine „neue
Wohnungsgemeinnützigkeit“. Damit schaffen
wir einen Anreiz mietpreisgebundenen
Wohnraum zu bauen. Bei großen
Entwicklungsflächen setzen wir uns für eine
220 40%-Quote von Sozialwohnungen ein.
Bezahlbarer Wohnraum ist ein zentraler
Baustein zur Armutsvermeidung, auch für
Kinder.

225 Familien mit Kindern stehen im Mittelpunkt
unseres Steuerkonzepts zur Bundestagswahl.
Wir wollen sie steuerlich entlasten. Deshalb
führen wir einen steuerlichen Familientarif
ein. Dabei werden die Eheleute auch künftig
230 gemeinsam steuerlich veranlagt. Der
Ehepartner mit dem höheren Einkommen
kann einen Betrag von bis zu 20.000 Euro auf
seinen Ehepartner übertragen. Dadurch
entsteht ihnen weiterhin ein Splittingvorteil.
235 Zusätzlich gewähren wir jedem Elternteil pro
Kind 150 Euro Abzug von der Steuerlast als
Kinderbonus. Ein Ehepaar mit drei Kindern
kann allein mit dem Kinderbonus 900 Euro im
Jahr sparen und wird damit finanziell
240 entlastet. Heutige Ehen können zwischen dem
bisherigen System des Ehegattensplittings
und unserem neuen Familientarif mit
Kinderbonus frei wählen. Selbstverständlich
werden auch alle unverheirateten Eltern und
245 Alleinerziehende den Kinderbonus erhalten.

Familien mit sehr geringem Einkommen
wollen wir bei den Sozialabgaben entlasten.
Sie zahlen nur geringe oder gar keine
250 Einkommenssteuer, sind aber besonders
belastet durch Sozialabgaben. Viele Frauen,
gerade Alleinerziehende, arbeiten in Teilzeit.

255 Daher führen wir eine Beitragsentlastung für
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein,
die zwischen 451 Euro und 1300 Euro
verdienen, so dass der Arbeitnehmerbeitrag
zu den Sozialversicherungen in dieser Zone
nur allmählich ansteigt. Anders als bei der
aktuellen Regelung für
260 Beschäftigungsverhältnisse zwischen 451 Euro
und 850 Euro, sollen die Arbeitnehmerinnen
und Arbeitnehmer aber gleichwohl die vollen
Rentenansprüche erwerben. Deshalb wird den
Sozialversicherungen das entfallende
265 Beitragsaufkommen aus Haushaltsmitteln
erstattet, um die vollen Leistungen bei Rente,
Gesundheit, Pflege zu garantieren. Darüber
hinaus schaffen wir den Solidaritätszuschlag
für untere und mittlere
270 Einkommensbezieher*innen ab 2020 ab.

Vom bisherigen Entlastungsbetrag für
Alleinerziehende profitieren vor allem
Bezieher*innen hoher Einkommen. Die
275 meisten Alleinerziehenden beziehen aber gar
keine hohen Einkommen. Damit seine
Entlastungswirkung allen Alleinerziehenden
unabhängig von ihrem zu versteuernden
Einkommen zu Gute kommt, sollte er in einer
280 Steuergutschrift umgewandelt werden.

*Für uns steht fest: Wir müssen Familien
finanziell entlasten, damit die eigene
Erwerbstätigkeit für ein gutes Leben ohne
285 Existenzsorgen reicht.*

Kinder sozial absichern

290 Armut von Kindern ist ein Skandal in unserer
reichen Gesellschaft. Wir sind als Gesellschaft
in der Verantwortung, Kinder vor Armut zu
schützen und sie besser sozial abzusichern.

295 Ein großes Armutsrisiko für Kinder stellen
fehlende Unterhaltszahlungen dar. In
Deutschland gibt es 1,9 Millionen
alleinerziehende Eltern. 90 Prozent davon sind
Frauen. Obwohl die meisten gut ausgebildet
und viele auch erwerbstätig sind, liegt ihr
300 Armutsrisiko und das ihrer Kinder weit über
dem von 'Paarfamilien'. Dies liegt unter
anderem auch daran, dass die Hälfte aller
alleinerziehenden
Eltern/Erziehungsberechtigten keinen
305 Unterhalt für ihre Kinder erhält. Deshalb

haben wir in der Großen Koalition gegen alle Widerstände der Union für die Ausweitung des Unterhaltsvorschusses gekämpft. Zum 1. Juli 2017 tritt nun die Ausweitung des Unterhaltsvorschuss in Kraft. Dabei wird die Begrenzung der Bezugsdauer auf sechs Jahre aufgehoben. Zudem wird das Höchstalter von zwölf Jahren bis zum vollendeten 18. Lebensjahr heraufgesetzt.

315 Mit der Reform des Unterhaltsvorschusses übernehmen wir als Gesellschaft Verantwortung für die Kinder, die unseren Schutz vor Armut am dringendsten brauchen. 320 Diesen Weg werden wir weiter gehen. Deshalb werden wir ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld einführen und es insgesamt erhöhen. Das Kindergeld werden wir in einem ersten Schritt mit dem 325 Kinderzuschlag zusammenführen. Als nächsten Schritt werden wir alle kindsbezogenen Leistungen in einer Kindergrundsicherung - unter Beibehaltung der kindbedingten Freibeträge - 330 zusammenfassen. Damit leisten wir auch einen entscheidenden Beitrag, um Kinder im ALGII-Bezug aus der Armut herauszuholen. Jedes Kind in Deutschland hat Anspruch auf unsere Kindergrundsicherung und wird mit dem gleichen Betrag berücksichtigt. Damit von unserer Kindergrundsicherung dort am Meisten wirken kann, wo sie am dringendsten gebraucht wird, muss sie nach dem Einkommen der 340 Eltern/Erziehungsberechtigten allerdings versteuert werden. Wer keine Einkommenssteuer bezahlt, erhält die volle Leistung. Wer sehr viel verdient, erhält die größten Abzüge bzw. profitiert weiterhin von den kindbedingten Freibeträgen. 345

Wir wollen auch für Kinder aus Familien, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, die Möglichkeit verbessern, mit beiden Eltern Umgang zu haben. Dazu werden wir einen Umgangsmehrbedarf einführen, wenn beide Eltern das Kind betreuen. 350

Für uns steht fest: Zur Bekämpfung von Kinderarmut braucht es eine solidarische Gemeinschaft. Wir tragen gemeinsam die Verantwortung, jedes Kind sozial abzusichern. 355

Allen Kindern eine Zukunftsperspektive geben

360

Kein Kind darf durch unser aufgespanntes soziales Netz fallen. Deshalb wollen wir die im Armuts- und Reichtumsbericht bereits hervorgehobenen Präventionsketten gegen Kinderarmut weiterentwickeln und in Baden-Württemberg flächendeckend ausbauen. Das hilft besonders Familien mit suchtkranken Eltern, Eltern mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen oder Familien, in denen die Eltern/Erziehungsberechtigten kein Deutsch sprechen. Unter Präventionsketten verstehen wir die strukturierte Verknüpfung der unterschiedlichen lokalen und regionalen Anbieter von sozialen Diensten und Bildungsmaßnahmen - vom Angebot der frühen Förderung und frühen Hilfe für alle Kinder über das Angebot von Kita-Plätzen für jedes Kind bis hin zum Ausbau von Schulen mit integrierten Konzepten der Sozialpädagogik und Sozialarbeit.

365

370

375

380

Der Bildungserfolg eines Kindes hängt in Baden-Württemberg immer noch viel zu stark von der Herkunft des Kindes und der finanziellen Situation des Elternhauses ab. Deshalb haben wir in Regierungsverantwortung die frühkindliche Bildung gestärkt, die Ganztagsgrundschule und die Gemeinschaftsgrundschule eingeführt und die Schulsozialarbeit ausgebaut. Wir setzen uns weiterhin für die Durchlässigkeit unseres Schulsystems und eine inklusive Beschulung ein. Die Gemeinschaftsschule wollen wir weiter stärken und mit einer gymnasialen Oberstufe ausstatten. Um Hürden abzubauen, die den Bildungserfolg eines Heranwachsenden erschweren, werden wir Bildungsangebote von der Kita bis zur Uni bzw. Meister- / Technikerabschluss gebührenfrei machen.

385

390

395

400

Für einen guten Übergang von der Schule in die Ausbildung sind die frühzeitige Berufs- und Studienorientierung und gegebenenfalls eine Berufseinstiegsbegleitung erforderlich. Diese wollen wir mit flächendeckenden Jugendberufsagenturen unterstützen.

405

Wir wollen eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen. und zugleich die dualen Ausbildung in Berufen einführen, deren

410

Qualifizierung bisher in vollschulischer Ausbildung erfolgte, wie z.B. in den sozialen Berufen. Mit einer
415 Mindestausbildungsvergütung (tarifliche Lösungen haben Vorrang) wollen wir Eigenständigkeit von jungen Menschen während der Ausbildung ermöglichen.

420 In jeder Lebensphase muss es zudem finanziell möglich sein, zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu wechseln. Wir wollen daher die Leistungen des BAföG verbessern. Das BAföG ist neben der
425 Gebührenfreiheit das wichtigste Instrument für mehr Chancengleichheit in der Bildung. Wir werden daher die Leistungen verbessern, die Förderung stärker auf neue Lebenssituationen ausrichten und an die
430 vielfältigen Bildungswege anpassen.

Das Schüler-BAföG in den allgemeinbildenden Schulen und in den nicht-dualen
435 Ausbildungen wollen wir ausbauen. Das Studierenden-BAföG soll durch höhere Einkommensgrenzen weiter geöffnet werden. Die Altersgrenzen werden wir deutlich anheben und flexiblere Förderansprüche schaffen – zum Beispiel für Teilzeitstudien
440 und Weiterbildungs-Master. Soziales und politisches Engagement wollen wir stärker bei der Förderung berücksichtigen. Das Meister-BAföG werden wir weiterentwickeln und stärken. Wir werden die Aus- und
445 Weiterbildungsfinanzierung unter das gemeinsame Dach „BAföG-Plus“ stellen.

*Für uns steht fest: Der Lebensweg eines Kindes sollte von seinen Fähigkeiten und
450 Begabungen bestimmt werden. Jedes Kind verdient die Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben.*

Antragsbereich F/Antrag 2

Kennnummer 11393

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Elterngeld für Vertrauenspersonen

**Elterngeld für
Vertrauenspersonen**

5 Im Moment ist es in Ausnahmefällen möglich, dass auch die Großeltern oder andere nahe Verwandte in Elternzeit gehen können und Elterngeld beantragen können. Wir fordern die einschränkenden Bestimmungen aufzuheben, so dass von den Eltern beauftragte Vertrauenspersonen durch eine berufliche Auszeit die Betreuung eines Kindes übernehmen können. Die Vertrauensperson darf durch die Betreuung des Kindes finanziell nicht besser gestellt werden. Eine kommerzielle Vermittlung ist zu untersagen. Ablehnung

Begründung:

10 Immer wieder ist zu hören, dass es für junge Arbeitnehmer oder für junge Menschen in Ausbildung nicht möglich ist, Kinder zu bekommen, und sie deswegen das Kinderkriegen weiter hinauszögern. Dieser Gruppe könnte die Entscheidung für Kinder insofern erleichtert werden, als dass es auch für Großeltern oder ggf. auch Tanten oder Onkeln möglich ist eine berufliche Auszeit zu nehmen und die Betreuung der Kinder zu übernehmen.

Antragsbereich F/Antrag 3

Kennnummer 11395

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

**Konsequente Gleichstellung
gleichgeschlechtlicher Paare**

**Konsequente Gleichstellung
gleichgeschlechtlicher Paare**

5 Die SPD Baden-Württemberg steht für die konsequente Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren ein. Liebe und Familie kennen kein Geschlecht! Auf dem Weg zu diesem umfassenden emanzipatorischen Ziel fordern wir insbesondere die Gleichstellung in folgenden zwei Bereichen: Erledigt durch Gesetzgebung

1. Adoptionsrecht

10 LGBT*-Paare dürfen nach geltendem Recht immer noch kein Kind gemeinsam adoptieren. Allein die Stiefkindadoption und die sogenannte Sukzessivadoption sind infolge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts möglich. Lesben und Schwule können seit 2014 ein Kind adoptieren, wenn es von einem*r der beiden Partner*innen bereits adoptiert worden ist. Eine der letzten großen, noch nicht neu geregelten

15 Fragen ist nun, ob gleichgeschlechtliche Lebenspartner*innen gemeinsam
und gleichzeitig ein Kind adoptieren können. Das dürfen sie - im Unterschied
zu Ehepartner*innen - bisher nicht. In vielen Staaten, etwa in Frankreich,
Irland, Südafrika und den USA ist dies anders. Die überfällige Aufhebung
dieser rechtlichen Diskriminierung auch in der BRD darf nicht an einer
heterosexistischen Familienideologie oder Merkels "Bauchgefühl" scheitern.
20 Wir fordern, diesen Missstand endlich zu beheben und das Adoptionsrecht
von gleichgeschlechtlichen dem der verschiedengeschlechtlichen Paare
vollständig gleichzustellen.

2. Standesamt

25 Wir fordern eine konsequente Gleichbehandlung von gleich- und
verschiedengeschlechtlichen Paaren auf dem Standesamt. Solange unsere
Forderung nach der Öffnung der Ehe noch nicht durchgesetzt ist, sind Ehe und
Lebenspartnerschaft zumindest in diesem Rahmen ihrer Begründung gleich
30 zu behandeln. Dies betrifft insbesondere sowohl sämtliche Gebühren, die mit
der Trauung verbunden sind, als auch das Gelübde, das zu leisten ist

Soziales

Antragsbereich 5/Antrag 1

Kennnummer 11428

Landesvorstand

Gute Pflege für morgen gestalten und garantieren

**Gute Pflege für
morgen gestalten
und garantieren**

Gute Pflege geht uns alle an. Jede und jeder von uns kann selbst pflegebedürftig werden oder pflegebedürftige Angehörige haben. Für die SPD ist die Absicherung des Pflegerisikos eine wesentliche Daseinsvorsorge, die solidarisch finanziert werden muss und die auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen reagieren muss: Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 5
- Wir werden immer älter, damit steigt auch die Zahl der Pflegebedürftigen mit unterschiedlichsten Unterstützungs-, Betreuungs- und Pflegebedarfen.
 - Es gilt die Forderung nach der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu erfüllen und für weitere Anerkennungs- und Entlastungsleistungen pflegender Angehöriger zu sorgen.
 - Arbeitnehmer*innen in der Pflege brauchen bessere Beschäftigungsbedingungen und Berufsperspektiven.
- 10

- 15 • Länder, Kommunen und Pflegeversicherung müssen stärker als Partner für den Aufbau der Pflegeinfrastruktur und bei der Koordinierung von in der Pflege ehrenamtlich Tätigen, Fachkräften und pflegenden Angehörigen agieren. Länder; Kommunen und Pflegeversicherung
- Die Finanzierung der Pflege muss durch mehr Solidarität in einer Bürgerversicherung gesichert werden. müssen stärker ...

20 Für uns Sozialdemokraten*innen sind Sozialversicherungen keine starren Systeme, sondern Systeme, die das Streben nach stetiger Verbesserung in sich tragen.

Die Pflegeversicherung hat sich bewährt - Rückblick und Herausforderungen

25 Die 1995 eingeführte Pflegeversicherung ist ein Erfolg. Sie ist zu einem zentralen Baustein unseres Sozialversicherungssystems geworden und wird nicht nur von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen, sondern von der gesamten Bevölkerung als wichtiger Sozialversicherungszweig angesehen. Diese grundsätzlich positive Haltung zur Pflegeversicherung wird immer wieder in repräsentativen Umfragen bestätigt. Die Pflegeversicherung wird als wichtiger Baustein der sozialen Absicherung gesehen, der weiter gestärkt werden muss.

35 Mit der Pflegeversicherung wurde für alle Versicherten ein Rechtsanspruch auf Hilfe bei Pflegebedürftigkeit gesetzlich festgeschrieben und je nach Grad der Pflegebedürftigkeit ein Leistungsanspruch für ambulante und stationäre Pflege definiert. Durch die solidarisch finanzierte Versicherung war es ab 1995 möglich, die Zahl derer, die bei Pflegebedürftigkeit von Sozialhilfe abhängig wurden, zu reduzieren. Die Lebenssituation von Pflegebedürftigen wurde spürbar verbessert und die Angehörigen entlastet. Allerdings konnten sich die Bundesregierung und das Parlament lediglich auf eine Pflegeversicherung einigen, die einen begrenzten Leistungsanspruch (Teilversicherung) nur für körperliche Einschränkungen brachte und die zur Finanzierung den Arbeitnehmer*innen einen Feiertag abverlangte (Buß- und Bettag) und damit den Beitrag von einem Beitragssatzpunkt allein den Arbeitnehmer*innen auferlegt.

45 Mit der Einführung der Pflegeversicherung trug der Gesetzgeber den veränderten gesellschaftlichen und demografischen Bedingungen Rechnung. Bereits vor Einführung der Pflegeversicherung waren rund 1,7 Millionen Menschen auf Pflege angewiesen. Hiervon wurden etwa 1,2 Millionen Menschen zu Hause betreut. Schon damals war abzusehen, dass die Zahl derer, die pflegebedürftig werden, stetig wächst.

50 Die Pflegeversicherung wurde seit 1995 sukzessiv weiterentwickelt und den jeweiligen gesellschaftlichen Erfordernissen angepasst. Sie steht immer wieder vor neuen Herausforderungen und muss diesen gerecht werden.

55 In den darauffolgenden Jahren wurden in der Pflegeversicherung zwar immer wieder Veränderungen vorgenommen, aber prinzipiell kein Systemwechsel erreicht, mit dem eine gerechtere Bedarfserhebung gelang und die steigenden Eigenanteil für Pflege und Betreuung aufgefangen hätten.

60 Erst in der Großen Koalition konnte die SPD in den Koalitionsvertrag 2013 in großen Teilen ihr Konzept einer Pflegereform einbringen und bis heute in drei wesentlichen Schritten umsetzen. Mit den Pflegestärkungsgesetzen haben wir die größte Reform der sozialen Pflegeversicherung seit ihrer Einführung vor über 20 Jahren durchgeführt.

65 Mit dem Pflegestärkungsgesetz I haben wir das Leistungsspektrum der gesetzlichen Pflegeversicherung deutlich ausgeweitet. Seit dem 1. Januar 2015 erhalten rund 2,9

70 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland mehr Leistungen. Zudem wurden in der ambulanten Pflege die Leistungen um rund 1,4 Milliarden Euro erhöht, für die stationäre Pflege um rund eine Milliarde Euro. Durch die Ausweitung der Unterstützungsangebote für die Pflege zu Hause werden pflegende Angehörige besser entlastet, die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte in stationären Pflegeeinrichtungen wurde deutlich erhöht. Leider musste die Forderung der CDU/CSU nach Einrichtung eines Pflegevorsorgefonds akzeptiert werden.

75 Mit dem Pflegestärkungsgesetz II wurde durch die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ein Paradigmenwechsel eingeleitet. Kognitive Bedarfe werden erstmals gleichberechtigt neben somatischen Bedarfen berücksichtigt. Mit dem Betreuungs- und Entlastungsbetrag wird eine neue Regelleistung in die Pflegeversicherung eingeführt. Die bisherige Orientierung der Pflegeversicherung an den
80 Defiziten pflegebedürftiger Menschen wird durch ein neues Verständnis von Pflege, das sich an Fähigkeiten und noch vorhandenen Kompetenzen orientiert, ersetzt. Das war eine überfällige Reform, was den Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung anbelangt.

85 Statt der bisherigen drei Pflegestufen kann durch fünf Pflegegrade der individuelle Bedarf bei Pflegebedürftigen sehr viel genauer ermittelt werden. An Demenz erkrankte Menschen werden erstmals den rein körperlich Pflegebedürftigen gleichgestellt. Mit der Reform haben alle den gleichen Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung. Entscheidend ist lediglich, wie sehr die Selbstständigkeit tatsächlich eingeschränkt ist. Niemand wird mit der Umstellung schlechter gestellt – viele aber besser. Zudem müssen Menschen, die in
90 Heimen gepflegt werden, künftig bei steigender Pflegebedürftigkeit keine Steigerung des pflegebedingten Eigenanteils mehr befürchten.

95 Durch das Pflegestärkungsgesetz III haben wir die Rolle der Kommunen sowie die Pflegeberatung vor Ort deutlich gestärkt. Hilfe soll zielgenauer dort ankommen, wo sie dringend benötigt wird.

100 Mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, welches zum Januar 2015 in Kraft getreten ist, haben wir einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit festgeschrieben. Dies bedeutet eine teilweise Freistellung von bis zu 24 Monaten bei einer Mindestarbeitszeit von 15 Wochenstunden. Ebenso eingeführt wurde der Anspruch auf Freistellung mit Lohnersatzleistung von bis zu 10 Tagen für die Organisation von Angehörigenpflege.

105 Die, nach langen Verhandlungen und im Kompromiss, verabschiedete Reform eines Pflegeberufgesetzes soll die generalistische Ausbildung der Pflegeberufe stärken und insbesondere für die Altenpflege Perspektiven eröffnen.

110 Dies sind wichtige Schritte für eine bessere Pflege, dennoch gibt es in vielen Bereichen noch Handlungsbedarf.

Die Pflegeversicherung zukunftsfest gestalten - Lösungsansätze und Forderungen

1. **Wir werden immer älter, damit steigt auch die Zahl der Pflegebedürftigen mit unterschiedlichsten Unterstützungs-, Betreuungs- und Pflegebedarfen.**

115

120 Die Zahl der Pflegebedürftigen wird steigen. Das statistische Bundesamt geht davon aus, dass die Zahl der Pflegebedürftigen im Jahr 2030 bei 3,2 Millionen liegen wird und 2040 auf ca. 3,8 Millionen angewachsen sein wird.

125 Diese Zahlen sehen wir nicht als Bedrohung an, sondern als Verpflichtung zu politischem Handeln.

130 Zu Hause gepflegt zu werden ist meist der größte Wunsch von Pflegebedürftigen. Aber auch wenn das Leben in der eigenen Häuslichkeit nicht mehr möglich ist, brauchen Pflegebedürftige Menschen höhere Leistungsansprüche.

Daher muss aufbauend auf den drei Pflegestärkungsgesetzen:

135 • Die Anpassung der Leistungsbeträge an die tatsächliche Preis- und Lohnentwicklung erfolgen. Denn die Leistungsanpassungen zwischen 2008 und 2012 sowie die Dynamisierung um 4 % mit dem Pflegestärkungsgesetz I haben den Wertverlust von 25 % nicht annähernd aufgefangen.

140 • Die Leistungen aus der Pflegeversicherung für alternative Wohnformen, die Leistungen für Assistenztechnik und für Umbaumaßnahmen in der eigenen Häuslichkeit müssen deutlich erhöht werden, um es jedem Menschen zu ermöglichen auch bei Pflegebedürftigkeit selbstbestimmt zu leben.

145 • Der Eigenanteil für pflegebedingte Aufwendungen in stationären Einrichtungen ist von der Pflegeversicherung zu übernehmen, damit es auch in der vollstationären Pflege keine weitere Kostenverlagerung auf Pflegebedürftige gibt. Unser Ziel ist die Vollversicherung in der Pflege.

150 • Aufsuchende Beratung weit vor Eintritt von Pflegebedürftigkeit muss Standard werden, um Prävention vor Rehabilitation vor Pflege zu realisieren und Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern. Die Zahl der Pflegestützpunkte muss erhöht werden, Pflegestützpunkte müssen die Koordinierung der Beratung übernehmen, um so allen Menschen die ihnen zustehenden Leistungen zu vermitteln.

... in der Pflege im Hinblick auf diese Leistungen.

155 **2. Es gilt die Forderung nach der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu erfüllen und für weitere Anerkennungs- und Entlastungsleistungen pflegender Angehöriger zu sorgen.**

160 Angehörige von Pflegebedürftigen möchten größtenteils selber pflegen und unterstützen. Sie leisten damit wesentliche gesellschaftliche Arbeit. Außerdem werden die traditionellen Familienverbände durch andere Gemeinschaften, in denen Menschen füreinander Sorge tragen, ergänzt.

Daher muss aufbauend auf den drei Pflegestärkungsgesetzen und anderen Gesetzen wie dem Familienpflegezeitgesetz folgendes umgesetzt werden:

165 • Die Ansprüche von Pflegeleistungen auf die Rente muss denen der Kindererziehungen prinzipiell angeglichen werden, denn die Sorgearbeit in der Pflege ist ebenfalls ein wesentlicher Beitrag gesellschaftlicher Arbeit und daher aus Steuermitteln zu finanzieren.

~~Die Ansprüche von Pflegeleistungen auf die Rente muss denen der Kindererziehungen prinzipiell angeglichen werden, denn die Sorgearbeit in der Pflege ist ebenfalls ein~~

170

175		wesentlicher Beitrag gesellschaftlicher Arbeit und daher aus Steuermitteln zu finanzieren.
180		Die Anerkennung von Pflegedienstleistungen bei der Rente wollen wir weiter ausbauen und künftig vollständig aus Steuermitteln finanzieren.
185		
190	Wer pflegt, soll bis zu 3 Monate eine Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung, die sich am Elterngeld orientiert, beanspruchen können. Danach soll bei der Reduzierung der Arbeitszeit auf 75 bis 90 % ein steuerfinanziertes Familiengeld gezahlt werden. Denn das geltende Recht auf Anspruch einer Familienpflegezeit auf Basis einer Darlehensgewährung hat sich nicht bewährt.	
195	<ul style="list-style-type: none"> • Das Angebot an Nachtpflege muss erweitert werden. 	
200	<ul style="list-style-type: none"> • Die sogenannte „24-Stunde-Pflege“ in Modellprojekten mit guten Arbeitsbedingungen, wie z.B. bei der Caritas, der Diakonie oder anderen Wohlfahrtsverbänden, zur Entlastung von Angehörigen erproben, denn schon heute setzt fast jeder zehnte Haushalt eine Hilfskraft ein, die meist in einem rechtsfreien Raum beschäftigt ist. 	Die sogenannte „24-Stunde-Pflege“ in Modellprojekten mit guten Arbeitsbedingungen, wie z.B. bei der Caritas, der Diakonie oder anderen Wohlfahrtsverbänden, zur Entlastung von Angehörigen erproben, denn schon heute setzt fast jeder zehnte Haushalt eine Hilfskraft ein, die meist in einem rechtsfreien Raum beschäftigt ist.
205		Uns ist dabei wichtig, daß die staatliche Förderung derartiger Projekte an die soziale Absicherung der Beschäftigten gekoppelt ist.
210		
215		Uns ist dabei wichtig, daß die staatliche Förderung derartiger Projekte an die soziale Absicherung der Beschäftigten gekoppelt ist.
220	<ul style="list-style-type: none"> • Die Förderung des Ehrenamtes zum Aufbau und Ausbau von Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen, die sich die Unterstützung von Pflegebedürftigen sowie deren Angehörigen und vergleichbar nahestehenden zum Ziel gesetzt haben, muss deutlich erhöht werden. 	
225		

230 **3. Arbeitnehmer*innen in der Pflege brauchen bessere Beschäftigungsbedingungen und Berufsperspektiven.**

235 In Deutschland ist bereits jetzt jede/r achte Beschäftigte im Gesundheits- und
Pflegebereich tätig. In der Altenpflege waren 2015 insgesamt 568 000 Menschen
beschäftigt, 85 % (484 000) davon sind Frauen. Von den in der Pflege insgesamt
Beschäftigten arbeiten wiederum 367 000 in Teilzeit, hiervon sind 327 000 Frauen. Damit
ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in der Pflege deutlich höher als der Anteil aller
240 sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten in Deutschland (27–28 %, Quelle: IAB,
2015). Die Verweildauer im Altenpflegebereich beträgt allerdings im Schnitt nur 8 Jahre.
Hauptgrund hierfür sind die Arbeitsbedingungen und Berufsperspektiven.

Daher muss aufbauend auf den drei Pflegestärkungsgesetzen und anderen Gesetzen wie dem Pflegeberufegesetz:

...wie dem
Pflegeberufegesetz
umgesetzt werden:

- 245
- Ein bundeseinheitlicher Rahmen für Gesundheitsberufe und ein bundeseinheitlicher Branchentarifvertrag Soziales geschaffen werden, um der Zersplitterung der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen und der Tarifabschlüsse zu begegnen.

- 250
- Mittelfristig sollte in der Pflege eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich eingeführt werden und damit auch eine effektivere Planung von Schichtmodellen ermöglicht werden, um die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen und das derzeitige, in Teilzeit arbeitende, Fachkräftepotential zu heben.
- 255

~~Mittelfristig sollte in der Pflege eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich eingeführt werden und damit auch eine effektivere Planung von Schichtmodellen ermöglicht werden, um die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen und das derzeitige, in Teilzeit arbeitende, Fachkräftepotential zu heben. Unser Ziel ist es Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auch in der Pflege möglich machen. Damit wollen wir eine effektivere Planung von Schichtmodellen ermöglichen, um die~~

260

265

270

275

bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen und das derzeitige, in Teilzeit arbeitende, Fachkräftepotential zu heben.

280

285 • Eine bundesweite Pflegefachkräftemindestquote muss in der Altenpflege eingeführt werden, um auch dadurch bessere Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. In unserer Regierungszeit hat unsere Ministerin Katrin Altpeter eine verbindliche Fachkräftequote von über 50% in Baden-Württemberg eingeführt.

290

• Das Pflegeberufegesetz muss so reformiert werden, dass durch die generelle Einführung einer generalistischen Ausbildung Berufsperspektiven ausgeweitet werden.

295

• Die Mittel aus dem Pflegevorsorgefonds sind für ein Pflegestellenprogramm in der Altenpflege einzusetzen. Der von der CDU im Zusammenhang mit dem Pflegestärkungsgesetz I verlangte Pflegevorsorgefonds ist für die Versicherten ein Verlustgeschäft, da sich die Renditeannahmen auf dem Kapitalmarkt nicht erfüllen.

300

4. Länder und Kommunen und die Pflegeversicherung als Partner für den Aufbau der Pflegeinfrastruktur und bei der Koordinierung von in der Pflege ehrenamtlich Tätigen, Fachkräften und pflegenden Angehörigen agieren.

305

Pflege der Zukunft ist Pflege im Quartier und in der Kommune. Unterstützung, Betreuung und Pflege braucht eine umfassende, sozialräumliche und integrierte Planung, die neben der professionellen Pflege auch die Selbsthilfe, das Ehrenamt und die Nachbarschaftshilfe einbezieht. Diese integrierte Sozialplanung umfasst auch die Bauleitplanung und Wohnungswirtschaft, die Wirtschaftsförderung sowie den ÖPNV. Ein solches umfassendes Versorgungs- und Angebotskonzept erhält durch gute Beratung Akzeptanz.

310

Daher muss aufbauend auf den drei Pflegestärkungsgesetzen:

315

• In §8 SGB XI muss die gemeinsame Verantwortung von Ländern, Kommunen, Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen genauer definiert werden. In §9 SGB XI muss die Verantwortung der Länder konkret gefasst werden, um die Zusammenarbeit verbindlicher zu regeln.

320

• Für altersgerechte Quartiere und Kommunen soll ein Sonderprogramm des Bundes aufgelegt werden, von dem die Kommunen profitieren, die durch sozialräumliche Planung und Pflegeplanung die Angebote ausbauen und vernetzen. Im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ sollen die Quartiersmanager wieder gefördert werden.

325

• Wir werden uns für eine verbindliche Quote altersgerechter, barrierefreier Wohnungen einsetzen. Dafür sollen vorrangig und zweckgebunden die notwendigen Finanzmittel in einem Bund-Länder-Programm bereitgestellt werden, denn Deutschland hat einen der geringsten Anteile an altersgerechten Wohnungen. Dies soll insbesondere den gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften zur Verfügung gestellt werden, um auch das Wohnungsbau-Genossenschaftswesen wieder stärker zu beleben.

330

5. Die Finanzierung der Pflege muss durch mehr Solidarität in einer Bürgerversicherung gesichert werden.

335 Die SPD will die Bürgerversicherung einführen. Wie die Bürgerversicherung in der Krankenversicherung wird auch die Bürgerversicherung in der Pflege nachhaltig die Versorgung verbessern, die Solidarität stärken und zu mehr Finanzierungsgerechtigkeit führen. Gerade die Pflegeversicherung eignet sich für eine zügige Einführung einer Bürgerversicherung, denn hier wurde vieles schon geregelt, was sich in der Krankenversicherung noch als Hürde auf dem Weg zur Bürgerversicherung auftut: In der sozialen wie auch in der privaten Pflegeversicherung gibt es den gleichen Leistungsanspruch. In der sozialen wie auch in der privaten Pflegeversicherung gibt es die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern. In der privaten Pflegeversicherung orientieren sich die Beiträge an den Beiträgen in der sozialen Pflegeversicherung.

Daher muss die Finanzierung wie folgt geändert werden:

- Die Pflegeversicherung wird eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und alle Einkommensarten verbeitragt werden.
- Die Beitragsbemessungsgrenze wird an die Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung angehoben werden, für Beamtinnen und Beamte wird es die Wahlmöglichkeit geben in einen Bürgerversicherungstarif zu wechseln.
- Der Pflegevorsorgefonds wird abgeschafft, aus den vorhandenen Mitteln wird ein Altenpflegestellenprogramm finanziert.

Antragsbereich 5/ Antrag 2

Kennnummer 11400

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Krankenkassen sollen die Kosten für Verhütungsmittel übernehmen

Krankenkassen sollen die Kosten für Verhütungsmittel übernehmen

Wir fordern, dass Krankenkassen die Kosten für Verhütungsmittel auch nach einem Alter von 21 Jahren übernehmen. Die finanzielle Lage kann auch unabhängig vom Alter der Menschen prekär sein, weshalb die hohen Kosten für Verhütungsmittel eine unnötige Belastung darstellen. Erledigt durch Beschlusslage

5 Zudem sollen Frauenärzt*innen umfassender über die hohen Risiken des Verhütens mit hormonellen Verhütungsmitteln und über Alternativen aufklären.

10 Um die Verantwortung nicht nur bei den Frauen zu belassen und um auch Frauen, die auf hormonelle Verhütung verzichten wollen oder müssen die Möglichkeit zur Verhütung einzuräumen und besonders um alle Menschen vor sexuell übertragbaren Krankheiten zu schützen, sollen Kondome in Apotheken kostenfrei ausgegeben werden.

15 Es soll geprüft werden, welche Verhütungsmittel von Krankenkassen übernommen werden. Die Richtlinien dafür soll die Aspekte der wissenschaftlichen Evidenz, der Finanzierbarkeit und der Qualität des Produktes enthalten.

Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion auf, auf die Erarbeitung eines Finanzierungskonzeptes im Bundesministerium für Gesundheit hinzuwirken.

Antragsbereich 5/ Antrag 3

Kennnummer 11392

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Drug-Checking legalisieren

**Drug-
Checking
legalisieren**

Die SPD Baden-Württemberg fordert, Drug-Checking als Mittel zur Schadensbegrenzung in Annahme Verbindung mit kostenloser präventiver Beratung für unabhängige Organisationen zu erlauben. Die Organisationen, die das Drug-Checking durchführen, sind an die Schweigepflicht zu binden.

5 **Begründung:**

Drug-Checking ermöglicht Konsument*innen, illegale Drogen auf deren Inhaltsstoffe und Reinheitsgrade zu überprüfen, ohne eine Strafverfolgung fürchten zu müssen. Somit lässt sich das Risiko von Überdosierung oder Vergiftung durch gepanschte Rauschmittel minimieren. Obwohl dieses Verfahren nicht alle Unfälle, die durch Drogeneinnahme verursacht werden, verhindern kann, dient es dennoch als Sensibilisierung für Konsument*innen. Viele dieser Unfälle passieren aus Unwissenheit und Naivität. In einem Sozialstaat darf in solchen Fällen nie die Devise „selbst schuld“ gelten. Zudem bietet Drug-Checking, das mit präventiver Beratung einhergeht, die Möglichkeit, Suchtkranke weitergehende professionelle Hilfe anzubieten.

10

15

Soziale Absicherung für geringe Einkommen wieder herstellen

**Soziale
Absicherung für
geringe
Einkommen wieder
herstellen**

5 Die Gleitzone nregelung von momentan 450 bis 850 € soll auf 0 bis 1.200 € Einkommen ausgeweitet werden. Es entsteht hierdurch bei Beschäftigungsverhältnissen bereits ab dem ersten Euro Sozialversicherungspflicht in sämtlichen Zweigen der Sozialversicherung mit den dementsprechenden Ansprüchen und Leistungen. Die Beiträge sollen hierbei nicht voll durch den Arbeitnehmer gezahlt werden sondern wie in der jetzigen Gleitzone nregelung langsam ansteigen , so dass eine Beschäftigung mit nur geringer Entlohnung nicht zu stark mit Abgaben für den Arbeitnehmer verbunden ist. Erledigt durch Regierungsprogramm zur Bundestagswahl

10 Die fehlenden Beiträge durch diese Regelung sind mit Steuermitteln für die Sozialkassen zu ersetzen.

Die geringfügige Beschäftigung wird infolge dieser Neuregelung abgeschafft.

Begründung:

15 Mittlere und geringe Einkommen werden durch die Abgaben der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung (Kranken-, Renten-, Arbeitsförderung und Pflegeversicherung) unverhältnismäßig hoch belastet. Gleichzeitig bietet die geringfügige Beschäftigung, der sogenannte Minijob, keinerlei Absicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung sowie in der Arbeitsförderung. Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht für Minijobber nicht. Die Befreiung von der Rentenversicherungspflicht (Kann durch den Minijobber bei Beginn der Beschäftigung beantragt werden) ist leider viel zu oft die Regel, so dass auch kein Rentenanspruch aus dem Verdienst des Minijobs besteht.

25 Zudem ist der Minijob nach wie vor eine Beschäftigung zweiter Klasse: Ein Minijob umfasst zwar wie ein versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis eigentlich den Anspruch auf Urlaub, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Kündigungsschutz – in der Regel ist dies jedoch nicht bekannt oder wird nicht in Anspruch genommen aus Angst um den Job.

30 Die Abschaffung des Minijobs zur Beendigung dieser Art der prekären Beschäftigung ist daher nur folgerichtig, bei gleichzeitiger Ausweitung des Gleitzone nbereichs um die Abgabenlast für geringe Einkommen moderat zu halten.

Antragsbereich 5/ Antrag 5

*Kennnummer 11418
Ortsverein Meßstetten
(Kreisverband Zollernalb)*

Bürokratie abbauen – Sanktionen ALG II streichen und Stellen umwidmen

**Bürokratie abbauen
– Sanktionen ALG II
streichen und Stellen
umwidmen**

5 Angesichts zu erwartender Personalknappheit im öffentlichen Dienst sind vorhandene Stellen zukunftsorientiert zum Wohle der Allgemeinheit umzuwidmen. Dazu sollen unter anderem die Sanktionen im Bereich HARTZ IV / ALG II abgeschafft und die dadurch freiwerdenden Stellen unter Berücksichtigung der fachlichen Eignung/Qualifikation der MitarbeiterInnen umgewidmet werden beispielsweise für

Erledigt durch
Regierungsprogramm
zur Bundestagswahl

1. die Qualifizierung von Arbeitssuchenden (ALG Q),
2. die Betreuung und motivierende Förderung von Langzeitarbeitslosen,
- 10 3. die generelle Unterstützung von AntragstellerInnen in allen Bereichen der Sozialgesetzgebung und von Hilfesuchenden im Dickicht der Sozialbürokratie aller Ebenen (Bund, Land, Landkreisen sowie Städten und Gemeinden)

Begründung:

15 Nach Berechnungen des dbb beamtenbund und tarifunion fehlen im öffentlichen Dienst rund 160.000 Beschäftigte. Allein durch den Zuzug von Flüchtlingen entstehe ein zusätzlicher Personalbedarf von 30.000 Stellen, vor allem bei Schulen und der Polizei.

20 Die starke Zuwanderung an Geflüchteten der Jahre 2015 und 2016 hat beispielhaft offenbart, dass der Staat mit seiner in den vergangenen Jahrzehnten mutwillig reduzierten Personaldecke viele Aufgaben nicht mehr selbst erbringen konnte. Viele Aufgaben insbesondere auf der kommunalen Ebene konnten nur dank des über herkömmliches Ehrenamt weit hinausgehenden Einsatzes der Zivilgesellschaft bewältigt werden; dies darf kein Dauerzustand werden.

Partei

Antragsbereich P/Antrag 1

Kennnummer 11430
Ortsverein Lauffen
(Kreisverband Heilbronn-Land)

Gerechtigkeit und Fortschritt - Die Lebensrealität von Familien im Blick

Gerechtigkeit und Fortschritt - Die Lebensrealität von Familien im Blick

Gerechtigkeit und Fortschritt – die Lebensrealität von Familien im Blick

Erledigt durch
Regierungsprogramm
zur Bundestagswahl

5 Gerechtigkeit und Fortschritt sind gerade für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten keine Gegensätze. Die SPD war immer dann erfolgreich, wenn sie Innovation und Gerechtigkeit, Fortschritt und Zusammenhalt miteinander verbunden hat. Sie war erfolgreich, wenn sie auf der einen Seite das Vertrauen ihrer klassischen Anhängerschaft hatte, zum anderen aber auch attraktiv war für neue Wählerschichten und dabei von den intellektuellen Eliten des Landes getragen wurde.

10 **Soziale Gerechtigkeit im Hamburger Programm**

15 Schon das Hamburger Grundsatzprogramm unserer Partei macht deutlich, dass Gerechtigkeit verschiedene Facetten hat und umfassend zu definieren ist: als gleiche Lebenschancen und Teilhabe, als gerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht, als Anerkennung von Leistung.

20 *„Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint Gerechtigkeit gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern. Wo die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gesellschaft teilt in solche, die über andere verfügen, und solche, über die verfügt wird, verstößt sie gegen die gleiche Freiheit und ist darum ungerecht. Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große Ungleichheiten in deren Verteilung gefährden die Gleichheit der Lebenschancen.*

25 *Deswegen ist die soziale Demokratie notwendig.*

Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichmacherei. Im Gegenteil:

30 *Sie bieten Raum für die Entfaltung individueller Neigungen und Fähigkeiten. Menschen sind und bleiben verschieden. Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunft dürfen nicht zum sozialen Schicksal werden. Lebenswege dürfen nicht von vornherein festgelegt sein. Wir wenden uns gegen jede Form von Privilegien oder Benachteiligungen aufgrund der Herkunft, des Standes, der Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Religion.*

35 *Leistung muss anerkannt und respektiert werden. Gerecht ist eine der Leistung angemessene Verteilung von Einkommen und Vermögen. Eigentum verpflichtet: Wer überdurchschnittlich*

verdient, mehr Vermögen besitzt als andere, muss auch mehr zum Wohl der Gesellschaft beitragen.“

40

Sicherheit und Chancen

Fragt man Bürgerinnen und Bürger heute, was sie unter sozialer Gerechtigkeit verstehen und was eine gerechte Gesellschaft für sie ausmacht, so trifft man ebenfalls auf ein breites Gerechtigkeitsverständnis:

45

- Gerechte und gute Bildung
- Absicherung bei Krankheit und im Alter
- Unterstützung für Kinder und Familien
- Gerechte Verteilung der Lasten
- Gestaltung der Arbeitswelt und mehr Souveränität für die Beschäftigten
- Echte Gleichstellung von Frauen und Männern
- Stärkung der Zivilgesellschaft und des gesellschaftlichen Zusammenhalts

50

Ebenso wie unser Grundsatzprogramm verbinden die Bürgerinnen und Bürger in ihren Gerechtigkeitsvorstellungen sehr stark die Aspekte Sicherheit und Chancen. Sicherheit bedeutet dabei die solidarische Absicherung der zentralen Lebensrisiken und einen starken Staat, der die Schwachen schützt und öffentliche Sicherheit gewährt. Zugleich muss eine gerechte und solidarische Gesellschaft Chancengleichheit von Anfang an sicherstellen und immer wieder neue Chancen eröffnen. Gerade in einer sich verändernden Arbeitswelt kommt es darauf an, Chancen für alle zu schaffen und Sicherheit im Wandel zu garantieren.

60

Auch in der konkreten Ausgestaltung sozialdemokratischer Politik sind Fortschritt und Gerechtigkeit, Sicherheit und Chancen keine Gegensätze, sondern bedingen einander.

65

Die Lebensrealität von Familien im Mittelpunkt der SPD

Die Gerechtigkeitsidee der SPD kann nur dann Durchschlagskraft in der öffentlichen Wahrnehmung entfalten, wenn sie konkret mit der Lebenswirklichkeit der Gesellschaft verbunden wird. Die SPD muss die Familien und Alleinerziehenden in den Mittelpunkt ihrer Erzählung von einer freien und gerechten Gesellschaft in der Gegenwart und Zukunft rücken. Die Familie ist der Kern der solidarischen Gesellschaft.

70

Hier kann die SPD eine besonders glaubwürdige Politik vertreten: Mit dem Ausbau von Ganztageschulen und Kleinkindbetreuung haben wir in Bund und Ländern den Grundstein für eine bessere Vereinbarkeit gelegt. Mit dem Elterngeld und dem Elterngeld plus haben wir die finanziellen Rahmenbedingungen verbessert. Mit Elternzeit und Pflegezeit gab es wichtige Verbesserungen auch im Bereich der besseren zeitlichen Gestaltung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nichts destotrotz muss die qualitative Stärkung der Infrastruktur und Bezahlung der pädagogischen Fachkräfte weiter im Blick bleiben.

75

80

Familien, die darauf angewiesen sind, ihren Lebensunterhalt mit ihren Händen und Kopf zu verdienen, erwarten von der Politik vor allem qualitativ hochwertige Rahmenbedingungen, damit sie ihr Leben gestalten können:

85

- Einen sicheren und anständig bezahlten Arbeitsplatz
- Zugang zu bezahlbarem, bedarfsgerechtem Wohnraum
- Ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot

90

- Zeit für die Kinder, das Familienleben, Gesundheit und soziale Kontakte
- Sicherheit im umfassenden Sinne: soziale Sicherheit und ein sicheres Lebensumfeld
- Die Möglichkeit, eigenes Vermögen zu bilden

95 Sozialdemokratische Politik wird daran gemessen, ob sie dies sicherstellen kann. Ausgehend von den Lebensrealitäten von Familien und Alleinerziehenden muss die sozialdemokratische Debatte um Gerechtigkeit, Sicherheit und Chancen geführt werden und Antworten geben auf zentrale Fragestellungen:

100

- Wie kann der Staat das Leben von Familien so gestalten, dass die Frage „Familienleben oder finanzielle Absicherung und beruflicher Erfolg?“ nicht mehr gestellt werden muss?
- Wie können Alleinerziehende nicht nur sozial abgesichert werden, sondern durch staatliche Unterstützung finanziell und rechtlich “klassischen Mutter, Vater, Kind – Familien“ gleichgestellt werden?

105

- Wie können gute und gerechte Bildungsperspektiven für die Zukunft der eigenen Kinder erreicht werden?

- Wie schaffen wir Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für Familien auch in Ballungsräumen, Groß- und Universitätsstädten

110

- Wie ermöglichen wir Familien mit kleineren und mittleren Einkommen, eigenes Vermögen zu bilden?

- Wie können Familien mehr Souveränität über ihre Zeitgestaltung gewinnen?

- Wie können die Chancen der zunehmenden Digitalisierung für eine humanere Arbeitswelt genutzt werden?

115

- Wie kann ehrenamtliches Engagement zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe besser gefördert werden?

- Wie können Familien in der Pflege von Angehörigen besser unterstützt werden?

Investitionen in Bildung und Infrastruktur

120 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen wir, dass gute Bildung immer wichtiger wird, um in unserer Gesellschaft zu bestehen. Das gilt von Beginn an: für die Betreuung der Kleinsten, über Schule, Ausbildung oder Studium bis zur Weiterbildung. Die SPD wird deshalb auch weiterhin die Partei der Bildungsgerechtigkeit bleiben.

125 Eine starke wirtschaftliche und soziale Infrastruktur ist die zentrale Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb werden wir nicht zuschauen, wenn Infrastruktur verkommt und notwendige Investitionen unterlassen werden.

Kraft zur Solidarität

130 In den kommenden Jahren werden wir mehr öffentliche Mittel benötigen: zur weiteren Verbesserung von Bildung und Betreuung, zur Aufwertung der sozialen Berufe, zur Stärkung unserer sozialen Sicherungssysteme, für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Zugleich müssen wir der zunehmenden Ungleichheit bei den Vermögen entgegenwirken und die Schere zwischen Prekariat und Panama schließen.

135

140 Hierfür brauchen wir mehr Steuergerechtigkeit. Es kann nicht sein, dass dem Staat jedes Jahr an die 100 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verloren gehen und Arbeitseinkommen stärker zur Finanzierung herangezogen werden als Kapitaleinkommen und Vermögen. Einzelne steuerpolitische Maßnahmen müssen wir im Rahmen unseres Regierungsprogramms diskutieren. Schon heute ist klar, dass Kapitaleinkommen wieder mit dem persönlichen Einkommensteuertarif besteuert werden müssen.

145 Bei all dem werden wir sicherstellen, dass kein gut verdienender Facharbeiter oder Ingenieur
Angst vor sozialdemokratischer Steuerpolitik haben muss. Wir wollen diejenigen stärken, die
jeden Tag arbeiten müssen, sich um ihre Familien kümmern, ihre Steuern und Abgaben zahlen
und sich an die Regeln halten – ArbeitnehmerInnen ebenso wie Selbständige. Dazu gehört auch,
dass wir die Vermögensbildung für breite Schichten wieder in den Mittelpunkt
sozialdemokratischer Politik stellen wollen.

150

Armut verhindern – Teilhabe ermöglichen

Aufgabe eines vorsorgenden Sozialstaats ist es, Armut zu verhindern und Teilhabe für alle zu
ermöglichen. Dies gilt für alle Lebensphasen. Besonderen Risiken für Armut müssen und wollen
155 wir daher entschlossen entgegentreten. Das gilt für Altersarmut in Folge brüchiger
Erwerbsbiografien durch mehr steuerfinanzierte Mindestsicherungselemente bei der Rente. Die
in dieser Legislaturperiode zu beschließende solidarische Lebensleistungsrente kann dabei nur
ein erster Schritt sein. Und es gilt in besonderem Maße für Kinderarmut in Folge fehlender
Erwerbsperspektiven ihrer Eltern – insbesondere bei Alleinerziehenden

160

Kinderarmut ist in unserer Gesellschaft näher als gedacht, sie beginnt oft mit einem fehlenden
Frühstück im Kindergarten oder der Schule. In der Schule fallen diese durch Benachteiligung auf,
oft fehlt es an Schulmaterialien, oft können sie mit den anderen Kindern nicht mithalten und
werden ausgegrenzt. Viele arme Kinder landen später leider genau dort, wo auch ihre Eltern
165 sind: am unteren Ende der Einkommensskala, in finanziell- und sozial zum Teil prekären
Situationen. Fast alle Krankheiten, auch und gerade Herz-Kreislauf-Erkrankungen und
Krankheiten des Bewegungsapparats, kommen in niedrigen Schichten bedeutend häufiger vor
als in höheren. Der Teufelskreis der Armut wird damit geschlossen. Das ist weder gerecht, noch
entspricht es dem Grundsatz der Chancengleichheit. Der enge Zusammenhang zwischen
170 sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist nicht zwingend. Dies bestätigt der Blick in die
Nachbarländer. In Dänemark, Estland, Finnland, Luxemburg und Schweden beispielsweise
beeinflusst die soziale Herkunft den Bildungserfolg nicht so stark wie in Deutschland. Für Kinder
und Jugendliche sind Bildung und Gesundheit die wichtigsten Ressourcen, um selbstständig ein
Leben jenseits von Armut zu führen. Die Eltern sind zuerst in der Verantwortung für ihre Kinder
175 zu sorgen und sie zu erziehen, aber im Sinne des vorsorgenden Sozialstaats brauchen wir ein
Gesamtkonzept aus einer weiteren Verbesserung der Infrastruktur in den Bereichen Bildung
und Betreuung, Unterstützung des Gesundheitsmanagements der Kinder im Rahmen der
frühkindlichen und schulischen Bildung und sozialen Förderung durch soziale Träger, ein
nachhaltiges Quartiersmanagement und einer umfassenden Förderung der
180 Arbeitsmarktintegration von Alleinerziehenden: durch eine weitere Verbreitung und Stärkung
der Teilzeitausbildung, durch eine umfassende Unterstützung bei der Organisation der
Kinderbetreuung und der Aktivierung bzw. Schaffung eines eigenen sozialen Netzwerks, durch
die Unterstützung bei der Mobilität. Die Aufnahme einer existenzsichernd bezahlten
Erwerbsarbeit stellen sich die allermeisten Alleinerziehenden, die Arbeitslosengeld II (davor
185 Hilfe zum Lebensunterhalt) beziehen, als den Ausweg aus chronischem Finanzmangel und einer
damit insgesamt materiell prekären Lebenssituation für die ganze Familie vor. Dieser Weg ist
jedoch mit zahlreichen Hürden verstellt. Um diese bewältigen zu können, sind sie teilweise auf
professionelle Unterstützung angewiesen. Zum Beispiel Beratungsstellen, familiärer Hilfen,
Kinderbetreuungsangebote und vieles mehr. Vielerorts stehen den alleinerziehenden Frauen
190 und Männern diverse Angebote zur Verfügung, selten allerdings sind diese Hilfen angemessen
miteinander verknüpft.

Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass mit verstärkten Anreizen für Arbeitgeber gute
Möglichkeiten für die Vermittlung von Alleinerziehenden in Erwerbsarbeit oder Ausbildung
195 geschaffen werden. Neben Lohnunterstützungen für Unternehmen, zum Beispiel nach
französischem Vorbild, bietet sich an, auch eine Ausweitung der Aufstockung der

200 Ausbildungsvergütung für Alleinerziehende zu prüfen. Um für diese Gruppen neue Optionen zur eigenständigen Existenzsicherung aufbauen zu können, ist zu überlegen, welche Anreize durch das Steuer- und Transfersystem gesetzt oder optimiert werden können, damit eine Erwerbstätigkeit aufgenommen oder ausgeweitet werden kann. Ziel ist, den finanziellen Handlungsspielraum der Alleinerziehenden zu erhöhen, um dauerhaft Armutsrisiken zu senken.

205 Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass mit verstärkten Anreizen für Arbeitgeber gute Möglichkeiten für die Vermittlung von Alleinerziehenden in Erwerbsarbeit oder Ausbildung geschaffen werden. Neben Lohnunterstützungen für Unternehmen, zum Beispiel nach französischem Vorbild, bietet sich an, auch eine Ausweitung der Aufstockung der Ausbildungsvergütung für Alleinerziehende zu prüfen. Um für diese Gruppen neue Optionen zur eigenständigen Existenzsicherung aufbauen zu können, ist zu überlegen, welche Anreize durch das Steuer- und Transfersystem gesetzt oder optimiert werden können, damit eine Erwerbstätigkeit aufgenommen oder ausgeweitet werden kann. Ziel ist, den finanziellen Handlungsspielraum der Alleinerziehenden zu erhöhen, um dauerhaft Armutsrisiken zu senken.

215 **Zugang zu bezahlbarem Wohnraum: eine zentrale soziale Frage**

220 Städte und Gemeinden sind für die Menschen mehr als Stein und Beton. Gutes und bezahlbares Wohnen, ein attraktives und gestaltbares Wohnumfeld, eine funktionsfähige Infrastruktur sind wichtige Grundlagen für gesundes Aufwachsen, selbstbestimmtes Leben und Altwerden. Dies sind große Herausforderungen für Städte und Gemeinden. Denn auf der einen Seite stehen die stark steigenden Mieten und Baukosten in den Ballungszentren und auf der anderen Seite Leerstände und Brachflächen in vielen von Abwanderung betroffenen Kommunen. Für die SPD geht es darum, dass Menschen mit unteren und mittleren Einkommen in den Städten bezahlbare, gute und energiesparende Wohnungen finden. Hierzu muss das bestehende Planungs- und Baurecht durch die Pauschalisierung von Ausgleichmaßnahmen entbürokratisiert werden. Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die erhöhte steuerliche Absetzbarkeit von sozial gebundenem Wohnungsbau wiedereinzuführen, um mehr privates Kapital für den Wohnungsbau zu mobilisieren.

230 **Menschen für Menschen – die solidarischen Sozialversicherungen zukunftsfest machen**

235 Die SPD steht dafür, die sozialen Sicherungssysteme, bei denen Menschen für Menschen, Starke für Schwache, Gesunde für Kranke, Junge für Alte eintreten zu stärken und an die Herausforderungen des demografischen Wandels und den veränderten Realitäten von Erwerbsbiografien sowie Lebensplanungen anzupassen. Dies bedeutet insbesondere die Einbeziehung möglichst vieler Erwerbsformen und Einkommensarten in eine gerechte Finanzierung. Es bedeutet mehr präventives Agieren, um die Kosten zu reduzieren.

240 Das Projekt der solidarischen Bürgerversicherung für Gesundheitsversorgung wollen wir deshalb in der nächsten Legislaturperiode endlich umsetzen. Die Herausforderungen des demografischen Wandels für die Alterssicherung können nur bewältigt werden, wenn wir die Lasten gerecht zwischen den Generationen und verschiedenen Formen der Finanzierung verteilen. Deshalb brauchen wir gleichermaßen die Stärkung der ersten Säule, der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente einerseits und eine möglichst flächendeckende kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge andererseits.

Wir wollen das Rentenniveau stabilisieren und ein weiteres Absinken verhindern. Dies setzt eine weiterhin positive Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung voraus. Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sind daher auch Rentenpolitik. Darüber hinaus kann

250 auch die konsequente Finanzierung von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben – beginnend bei der Mütterrente – über Steuermittel zu einer Stabilisierung des Rentensystems beitragen.

Sicherheit im Wandel – die Arbeitswelt der Zukunft gestalten

255 Wir haben in der Vergangenheit den Mut für umfassende Strukturreformen am deutschen Arbeitsmarkt gehabt. Damit haben wir eine wichtige Grundlage zum Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit und zum starken Beschäftigungsaufbau in den vergangenen Jahren gelegt. Natürlich gab es dabei auch Fehler und Versäumnisse, die zu einer zunehmenden Entgrenzung von Arbeit führten. Deshalb waren und sind Korrekturen nötig. Wir haben den gesetzlichen
260 Mindestlohn eingeführt. Wir unternehmen erste wichtige Schritte zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen. Und wir haben begonnen, Anreize zur Stärkung der Tarifbindung zu setzen. Alle internationalen Studien zeigen: Eine starke Tarifbindung ist der zentrale Hebel für mehr Lohngerechtigkeit. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

265 Durch aktive Arbeitsmarktpolitik wollen wir Menschen immer wieder neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Fördern und Fordern gehören für uns zusammen. Das Förderversprechen wollen wir dabei deutlich in den Vordergrund stellen und stärken. Die Arbeitslosenversicherung wollen wir zu einer Arbeitsversicherung, die Bundesagentur für Arbeit zu einer Agentur für Arbeit und Qualifizierung weiterentwickeln.

270 Eine sich verändernde Arbeitswelt stellt neue Anforderungen an unsere Politik. Wir wollen sicherstellen, dass neue technische Entwicklungen sowie Möglichkeiten nicht dazu führen, den Druck auf Arbeitnehmer einseitig zu erhöhen. Daher stehen wir eng an der Seite der Gewerkschaften und Beschäftigten, damit Fortschritt nicht zu einer Schwächung von
275 Arbeitnehmerrechten und Entgrenzung von Arbeit ausgenutzt wird. Stattdessen wollen wir die neuen Möglichkeiten nutzen um einen echten Fortschritt für Arbeitnehmer zu erreichen.

In den Betrieben und Unternehmen wollen wir deshalb einerseits mehr Mitbestimmung durch Arbeitnehmer und Gewerkschaften schaffen, um dadurch andererseits mehr
280 Selbstbestimmung für die Beschäftigten zu erreichen. So nehmen wir die Herausforderungen der digitalisierten Arbeitswelt an. Wir wollen sie gemeinsam mit den Sozialpartnern gestalten und die neuen Möglichkeiten für mehr Flexibilität und Zeitsouveränität für Beschäftigte nutzen.

285 Die Lücke zwischen tatsächlichen und gewünschten Arbeitszeiten vor allem junger Eltern wollen wir durch veränderte Rahmenbedingungen schließen. Frauen wollen mehr, Männer häufig weniger arbeiten. Diesen Wünschen wollen wir durch ein flexibleres Verständnis von Vollzeitarbeit entgegenkommen. Letztlich könnte damit sogar ein zusätzliches Arbeitspotenzial gewonnen werden, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

290 Mehr Zeitsouveränität und mehr mobiles Arbeiten wollen wir für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben nutzen. Neue Arbeitszeitmodelle müssen den sich wandelnden Vorstellungen von Menschen, insbesondere von jungen Eltern, gerecht werden und einer partnerschaftliche Arbeitsteilung von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit ermöglichen.

295 Sozialdemokratischer Heimatbegriff

Gerade im Hinblick auf den fortschreitenden Wandel wird vielen Menschen der Bezug zur Heimat als überschaubarer und beeinflussbarer Nahraum immer wichtiger.

300 Wo gesellschaftlich gesehen die Unsicherheit zunimmt und Menschen politisch keine Einflussmöglichkeit sehen, suchen sie Sicherheit in den nahen Beziehungen.

305 Für die SPD bedeutet das „zurück zur Heimat“ oder besser gesagt „auf zur Heimat“. Wir brauchen einen sozialdemokratischen Zugang zum Heimatbegriff als Grundlage für unsere Politik. Wir müssen wissen, über was wir sprechen, wenn wir von Heimat reden. Es ist mehr als nur ein Gefühl und es braucht ganz praktische Maßnahmen, um Heimat zu organisieren.

Eine sozialdemokratische Definition von Heimat muss folgende Punkte umfassen:

310 - *Gemeinschaftsgefühl:*

Wer sich wirklich beheimaten will, muss das Gefühl haben, er kann seine Integration am neuen Ort selbst beeinflussen. Das passiert quasi auf drei Ebenen: Einmal muss soziale Nähe entstehen, das Gefühl dazuzugehören, Teil einer Gemeinschaft zu werden.

315 - *Handlungsfähigkeit*

Es geht aber auch um Handlungsfähigkeit, das Gefühl die Regeln zu kennen und zu wissen, wie man sie beeinflussen kann.

320 - *Sinnstiftung:*

325 Überall dort, wo ich partizipiere, und Verantwortung übernehme, verbinde ich mich mit dem Ort. Nicht zuletzt spielt die Frage eine Rolle, ob mein Dasein an einem Ort Sinn ergibt, ob ich ihn für mich mit sinnstiftenden Geschichten besetzen kann. -

Damit haben wir eine klassische soziale Dimension: Sich kümmern. Nicht alleine lassen. Helfen.

Integration und Zusammenhalt

330 Die SPD ist die Partei der Integration und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir glauben an die Integrationskraft einer sozialen und solidarischen Gesellschaft. Dabei bauen wir auf einen starken Staat und eine engagierte Zivilgesellschaft. Beides gehört zusammen. Gerade bei der Integration von Flüchtlingen hat unsere Zivilgesellschaft eine unglaubliche Kraft entfaltet. Es engagieren sich deutlich mehr Menschen für Flüchtlinge als gegen sie demonstrieren. Wir verstehen uns als Bündnispartner dieser zivilgesellschaftlichen Kräfte. Wir wollen sie stärken und durch partnerschaftliches staatliches Handeln unterstützen.

340 Integration funktioniert nicht von alleine. Ob sie gelingt, hängt von uns allen ab: Die einen müssen integrieren, die anderen sich integrieren lassen - Integration ist ein zweiseitiger Prozess. Zugleich ist Integration ein Prozess, der alle staatlichen Ebenen - Bund, Länder und Kommunen - in die Verantwortung nimmt.

345 Die Integrationsfähigkeit unseres Landes hängt aber auch von der Solidarität und dem Zusammenhalt in der Gesellschaft ab. Nur eine Gesellschaft, die zusammensteht, kann am Ende auch gut integrieren. Deshalb sprechen wir seit vielen Monaten von der doppelten Integration – der neu Hinzugekommenen, aber auch derjenigen, die schon da sind und auf Unterstützung und Solidarität angewiesen sind. Die Schwachen dürfen nicht gegen die Schwächeren ausgespielt werden.

350 **Lust auf Zukunft in Deutschland, in Europa und weltweit**

355 Die SPD war immer dann stark, wenn sie die richtigen Antworten auf die zentralen Zukunftsthemen hatte. Wir wollen die Zukunft unserer Gesellschaft positiv gestalten. Dabei sind wir die Partei der Zuversicht, nicht der Angst. Nur wenn wir Zuversicht ausstrahlen und

schlüssige Antworten für die Herausforderungen der Zukunft geben, werden wir auch die mitnehmen können, die zweifeln und Ängste haben.

360 Deshalb stellen wir uns der Herausforderung, soziale Gerechtigkeit unter sich ändernden Rahmenbedingungen zu definieren, Solidarität immer wieder neu zu sichern und neue Herausforderungen anzunehmen.

365 Vieles können wir heute nicht mehr national, sondern nur noch gemeinsam mit unseren europäischen Partnern oder international lösen. Die Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie entscheidet sich nicht nur durch unser nationales Handeln, sondern auch dadurch, ob es gelingt, ein soziales Europa zu bauen. Wir wollen die Regeln der internationalisierten Wirtschaft deshalb nicht den Märkten überlassen, sondern wollen sie politisch gestalten.

Antragsbereich Ä/ Antrag 1

Kennnummer 11438

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag P1

Änderungsantrag zum Antrag P1

Einfügen in Zeile 166:

Erledigt durch
Regierungsprogramm
zur Bundestagswahl

5 “Wir setzen uns dafür für kostenfreie Bildung von der KITA bis zum Studium ein. Aufweichungen unseres Erfolges der Abschaffung der Studiengebühren, auch für EU-Ausländer, stellen wir uns entschieden entgegen.”

Antragsbereich Ä/ Antrag 2

Kennnummer 11439

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag P1

Änderungsantrag zum Antrag P1

Einfügen in Zeile 173:

Erledigt durch
Regierungsprogramm
zur Bundestagswahl

5 “Stattdessen setzen wir uns insbesondere für den Ausbau von Breitband-Anschlüssen ein. Digitale Infrastruktur hat in der heutigen Zeit eine ebenso große Bedeutung, wie physische Infrastruktur.”

Antragsbereich Ä/ Antrag 3

Kennnummer 11440

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag P1

**Änderungsantrag
zum Antrag P1**

Ersetze Zeilen 335 bis 338 "Deshalb brauchen wir ... andererseits."

Erledigt durch
Regierungsprogramm
zur Bundestagswahl

durch:

- 5 „Deshalb brauchen wir neben der bisherigen beitragsfinanzierten Rente, eine steuerfinanzierte Garantierente zur Grundsicherung, die durch alle SteuerzahlerInnen gemeinschaftlich finanziert wird. Darüber hinaus setzen wir uns für eine kapitalgedeckte Altersvorsorge ein, welche paritätisch von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen wird.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 4

Kennnummer 11441

Kreisverband Ulm

Änderungsantrag zum Antrag P1

**Änderungsantrag
zum Antrag P1**

Zeile 396 füge ein:

Erledigt durch
Regierungsprogramm
zur Bundestagswahl

Zwischen „Frauen wollen“ und „mehr“

- 5 „häufig“

Antragsbereich P/ Antrag 2

Kennnummer 11431

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Die Sozialdemokratie in BW - Gemeinsam sind wir stark

Die Sozialdemokratie in BW - Gemeinsam sind wir stark

Die Sozialdemokratie in Baden-Württemberg - Gemeinsam sind wir stark

Bis Zeile 257: Erledigt durch

Die SPD Baden-Württemberg hat bei der Landtagswahl ein katastrophales Ergebnis eingefahren. In fünf Jahren an der Landesregierung, in der viele Altlasten, die in 58 Jahre unter CDU-Herrschaft entstanden sind, abgebaut werden konnten, ist es nicht gelungen, ein Profil heraus zu bilden, das für die Wählerinnen und Wähler die Vorteile einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung erkennbar gemacht hat.

Regierungsprogramm zur Bundestagswahl.

Ab Zeile 259: Überweisung an den Landesvorstand für die

Die Landtagswahl wurde von Themen dominiert, die nur begrenzt landespolitischer Natur waren. Die zentrale Frage des Umgangs mit Menschen auf der Flucht hat für große Verunsicherung und Ängste in der Bevölkerung gesorgt und bei allen drei am 13. März stattfindenden Landtagswahlen dazu geführt, dass die Partei, die den Ministerpräsidenten oder die Ministerpräsidentin stellte, gewählt und der kleine Koalitionspartner marginalisiert wurde, sowie auf der anderen Seite Rechtspopulisten erstarkten.

Diskussion um strukturelle Veränderungen im Rahmen des Erneuerungsprozesses

Dennoch reicht es nicht aus, Gründe für diese Wahlniederlage bei tagesaktuellen Themen oder Trends zu suchen. Viele Gründe für dieses Wahlergebnis sind innerhalb der SPD Baden-Württemberg zu finden und sind dort bereits seit vielen Jahren angelegt.

Obwohl die SPD den Großteil der bedeutenden Landesministerien besetzt hatte, konnte bis zuletzt kein sozialdemokratisches Profil ausgebildet werden, um der Popularität des Ministerpräsidenten etwas entgegenzusetzen. Zwar wurden viele Dinge in Regierungsverantwortung umgesetzt, die die gesamte Partei seit langer Zeit forderte, dennoch haben wir es nicht geschafft dies den Bürgerinnen und Bürgern von Baden Württemberg zu verdeutlichen. Es wurde verpasst, Kernthemen, wie etwa gebührenfreie Bildung oder arbeitnehmerorientierte Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik langfristig im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, obwohl mit der Abschaffung der Studiengebühren, oder der Einführung der Bildungszeit hierfür ein Grundstein gelegt wurde. Die teils mangelnde Koordination zwischen Ministerien, Partei, Landtagsfraktion und anderen Beteiligten hat dazu geführt, dass keine erkennbare sozialdemokratische Linie in der Landesregierung wahrnehmbar wurde.

Auch in der Regierungsarbeit wurden Fehler gemacht, etwa im Rahmen des Verkaufs von Sozialwohnungen, beim Umgang mit drohenden Streichungen von LehrerInnenstellen, bei der in Teilen missglückten Polizeireform, oder bei der Aufklärung der NSU-Verbrechen im Land. Diesen standen große Errungenschaften und Fortschritte, wie etwa Mehrinvestitionen in Bildung und Kinderbetreuung, die Einführung der Gemeinschaftsschulen, eine arbeitnehmerfreundliche Wirtschafts- und

40 Arbeitsmarktpolitik, die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften
oder eine aktive Integrationspolitik entgegen.

Die Arbeit der Landesregierung, wie auch das Landtagswahlprogramm der SPD Baden-
Württemberg bewerten wir in weiten Teilen positiv. Dennoch stellen wir fest, dass ein
45 erfolgreiches Abarbeiten eines Koalitionsvertrages und die Umsetzung zahlreicher
einzelnen Maßnahmen nicht ausreichen, um ein Profil heraus zu bilden und öffentlich
sichtbar zu machen, für welche Gesellschaft und welche Politik die SPD in Baden-
Württemberg stand und künftig steht. Die SPD Baden-Württemberg muss sich kritisch
hinterfragen und erneuern. Dabei müssen alle Akteure in der Partei, der Landtags- und
50 Bundestagsfraktion ihre Rolle kritisch hinterfragen und gemeinsam Lehren aus den
Fehlern der Vergangenheit ziehen. Nur wenn wir ohne einseitige Schuldzuweisungen in
der Lage sind, Fehler zu erkennen und die notwendigen Reformen einzuleiten, können wir
als SPD Baden-Württemberg geschlossen aus einem Erneuerungsprozess herausgehen.
Alle Akteure sind gemeinsam für das Vorankommen der SPD verantwortlich und nur
55 gemeinsam gelingt es, den Weg für eine starke Sozialdemokratie zu bereiten. Diesen
Anspruch stellen wir an alle Akteure in der Partei.

Klares inhaltliches Profil zeigen

60 Die SPD steht mit ihren Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität seit jeher
für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der jedem Menschen die Chance gegeben
werden muss, seine Ziele unabhängig seiner Herkunft zu erreichen und in der jeder Mensch
den Schutz der Solidargemeinschaft in Anspruch nehmen kann. Dennoch gelingt es uns zu
selten, unsere Vision einer gerechten Gesellschaft zu vermitteln. Während andere
65 politischen Kräfte entweder das Bedürfnis nach Sicherheit oder ökologischer
Nachhaltigkeit im Blick haben, gibt es außer der SPD keine politische Bewegung, die so
eindeutig für den sozialen Zusammenhalt und für Gerechtigkeit steht. Dabei ist das
Bedürfnis nach Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft größer denn je. Die SPD muss daher
glaubwürdig und nachhaltig Chancen und Sicherheit verknüpfen. Es muss uns gelingen,
70 deutlich zu machen, dass wir für eine Politik stehen, in der jeder Mensch die Chance erhält,
sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen fernab jeglicher Diskriminierung zu
gestalten, in der aber auch jeder Mensch die Sicherheit vor unverschuldetem
gesellschaftlichen oder ökonomischen Abstieg genießt und ein Leben in Sicherheit nicht
vom Geldbeutel abhängt.

75

Soziale Gerechtigkeit mit Leben füllen

Zu oft trägt die Sozialdemokratie den Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit wie ein Dogma
vor sich her, ohne dass sich die Menschen konkret vorstellen können, was wir damit
80 meinen. Wir SozialdemokratInnen wissen, dass es uns nur gelingt, die Menschen von
unseren Zielen zu überzeugen, wenn wir den Grundgedanken der sozialen Gerechtigkeit
mit konkreten und greifbaren Zielen verbinden und den Zusammenhang von der Vision
der sozialen Gerechtigkeit zu konkreten Maßnahmen herstellen.

85 Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass wir für eine Bildungspolitik stehen, in der
durch Gebührenfreiheit von der KiTa bis zur Ausbildung oder dem Studium niemand aus
finanziellen Gründen von guter Bildung ferngehalten wird. Unsere Bildungspolitik darf
nicht darauf ausgelegt sein, jeden jungen Menschen zum Abitur zu bringen. Vielmehr
müssen wir dafür Sorge tragen, dass alle Menschen unabhängig ihrer Herkunft den
90 Bildungsweg gehen können, der für sie bestmöglich geeignet ist. Deshalb halten wir an der
Gemeinschaftsschule und dem längeren gemeinsamen Lernen fest. Durch die
Gemeinschaftsschule wird ein Aussortieren nach der 4. Klasse, das zu oft von der sozialen

95 Herkunft, statt von der tatsächlichen Leistung der Kinder abhängt, überwunden. Deshalb bleibt es in Baden-Württemberg unser Ziel, dass durch eine flächendeckende Einführung der gymnasialen Oberstufe an Gemeinschaftsschulen die „Schule für Alle“ langfristig Realität wird. Auch muss eine sozial gerechte Bildungspolitik dafür Sorge tragen, dass Kinder mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen bestmöglich in unsere Gesellschaft integriert werden, daher stehen wir auch weiterhin für eine schnellstmögliche Ausweitung der Inklusion ein.

100 Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass alle Menschen an dem, was wir gemeinsam erwirtschaften, gerecht teilhaben können. Deshalb müssen die Menschen von ihrer Arbeit auch gut leben können und am wirtschaftlichen Aufschwung auch beteiligt werden. Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns war ein wegweisender Schritt. Diesen gilt es zu verteidigen und als Leistung der SPD in der Bundesregierung anzuerkennen. Dennoch darf für die Sozialdemokratie nicht vorrangig die Untergrenze im Fokus stehen, sondern unser Ziel muss eine gute und gesicherte Entlohnung für alle Beschäftigten bleiben. Aus diesem Grund muss es Anspruch der SPD sein, durch sozialdemokratische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik Arbeitsplätze zu erhalten und die Tarifparteien weiter zu stärken. Die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, von Stammebelegschaft und Leih- und ZeitarbeiterInnen muss für die nächsten Jahre im Fokus unserer Politik stehen. Eine Gesellschaft ist nur dann gerecht, wenn der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ uneingeschränkt gilt.

115 Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass die Menschen das Gefühl haben, dass die Lasten und Pflichten durch ein gerechtes Steuer- und Abgabensystem fair verteilt sind. Die zunehmende Konzentration von Einkommen und Vermögen wird von vielen als ungerecht empfunden, dennoch gelingt es bislang nicht, die Menschen von Änderungen in diesem System, etwa durch eine Einführung der Vermögens- und Erbschaftssteuer oder durch eine Reform der Einkommenssteuer zu überzeugen. Die SPD wird die Bürgerinnen und Bürger nur dann überzeugen können, dass Steuererhöhungen zu einer gerechteren Gesellschaft nötig sind, wenn Belastungen auf der einen Seite auch konkrete Entlastungen auf der anderen Seite gegenüberstehen. Gerade diejenigen, die kaum von Änderungen am Steuersystem betroffen sind, müssen durch Freibeträge bei Sozialversicherungsbeiträgen stärker entlastet werden. Es wird als ungerecht empfunden, wenn große Unternehmen und Vermögende durch Steuerflucht ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, deshalb muss die SPD den Kampf gegen Steuerflucht vorantreiben, Kapital- und Arbeitseinkünfte wieder gleichbehandeln und außerdem die Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer offensiv vorantreiben. Nur wenn die Leute erkennen, dass die von ihnen erarbeiteten Mittel sinnvoll eingesetzt werden, sind sie bereit, Steuererhöhungen auch zu akzeptieren, deshalb muss die SPD für eine transparente und solide Haushaltsführung eintreten und der Verschwendung von Steuergeldern offensiv entgegenzutreten.

135 Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass sich die jeder und jede auf unser soziales Sicherungssystem verlassen und darauf vertrauen kann, nicht unter ein bestimmtes Existenzminimum zu fallen. Das Beitragssystem erschwert die gerechte Verteilung von Lasten insbesondere im Bereich der Rentenversicherung. Die SPD muss für eine Rentenversicherung stehen, die Altersarmut bekämpft und die Lebensleistungen anerkennt. Wir als SozialdemokratInnen wissen aber auch, dass gerade die jüngere Generation Veränderungen im Rentensystem nur dann anerkennt, wenn eine nachhaltige und gerechte Finanzierung gewährleistet sein kann. Deshalb muss die SPD dafür streiten, dass auch durch den demographischen Wandel entstehende Mehrbelastungen durch mehr Steuerfinanzierung aufgefangen werden. Langfristig sollte jedem Menschen eine existenzsichernde Garantierente zustehen. Die Diskussion um Rente mit 63, 65 oder 67 muss beendet werden, weil sie die Lebensrealität der ArbeitnehmerInnen nicht erfasst.

Die SPD muss für ein flexibles Renteneinstiegialter eintreten, so dass ein Einstieg in die Rente nach 45 Versicherungsjahren ebenso möglich ist, wie ein längeres Arbeiten, wo dies gewollt ist.

150 Die Abkehr von der paritätischen Finanzierung bei der Krankenversicherung ist ungerecht, daher muss die Einführung der Bürgerversicherung weiterhin Ziel der SPD bleiben. Die Weiterentwicklung der Arbeitslosen- hin zu einer Arbeitsversicherung bedeutet, nicht erst nachträglich zu reagieren, wenn Menschen bereits ihre Arbeit verloren haben, sondern durch Qualifizierung und mehr Zeitautonomie ArbeitnehmerInnen darin zu bestärken, sich
155 den veränderten Rahmenbedingungen entsprechend ihrer eigenen Bedürfnisse anpassen zu können. Die Arbeitsversicherung muss das Ziel der SPD für die nächsten Jahre sein.

160 Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass Gleichstellung in allen Lebensbereichen dazu führt, dass jedem Individuum die gleichen Rechte und Chancen zustehen. Alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Hautfarbe, Religion, sexuellen Identität oder einer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung, müssen gleichberechtigt an unserer Gesellschaft teilhaben können. Diesen Grundsatz muss die SPD daher uneingeschränkt und nachhaltig vorantreiben.

165 Ferner heißt Soziale Gerechtigkeit für uns, dass alle sich auf eine Grundversorgung verlassen können. Die SPD muss verhindern, dass Menschen aus finanziellen Gründen der Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge, zu guter medizinischer Versorgung oder zu guter Bildung verwehrt wird. Unsere Vision einer sozial gerechten Gesellschaft bedeutet, sich darauf verlassen zu können, von der Solidargemeinschaft vor einem unverschuldeten
170 gesellschaftlichen Abstieg geschützt zu werden. Immer mehr Kinder sind in Deutschland von Armut betroffen. Insbesondere Kinder Alleinerziehender Elternteile. Hier gilt es umfassend zu unterstützen, damit diese nicht den Anschluss an unsere Gesellschaft verlieren.

175 Der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum stellt dabei ein besonderes Problem dar. Die SPD muss hierbei sichtbar und offensiv für mehr bezahlbaren Wohnraum kämpfen und deutlich machen, dass wir uns nicht damit zufriedengeben, wenn Menschen aufgrund unverhältnismäßig hoher Mieten oder zu wenig verfügbarem Wohnraum in ihrer Lebensgestaltung eingeschränkt werden. Die eingeführte Mietpreisbremse ist deshalb der
180 richtige Weg und muss auch in Baden-Württemberg flächendeckend durchgesetzt werden. Genauso müssen wir uns für soziale Wohnungsbauprogramme in den Kommunen stark machen und diese vorantreiben.

185 Durch vielfältige Veränderungen unserer immer älter und bunter werdenden Gesellschaft gewinnen generationenübergreifende Orte in den Kommunen an immer größerer Bedeutung. Mehrgenerationenhäuser sind auch eine Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels welche wir als SPD liefern können. Mehrgenerationenhäuser sind ein wichtiger Beitrag für das Miteinander der Generationen vor Ort, wofür wir uns stark machen sollten.

190 Die SPD steht als progressive Kraft in dieser Gesellschaft dafür, den gesellschaftlichen Wandel als Chance zu begreifen und zu gestalten. Die Digitalisierung führt zur größten gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderung der vergangenen Jahrzehnte. Die SPD muss sich daher mit Nachdruck an die Spitze der Veränderung stellen und ohne Scheuklappen ihre Visionen einer digitalen Gesellschaft und Wirtschaft weiterentwickeln.
195 Dabei muss der Ausbau der digitalen Infrastruktur oberste Priorität genießen und hierfür muss die SPD sichtbar bundes- und landesweit eintreten. Viele Menschen sehen der Entwicklung von Industrie 4.0 und der Digitalisierung des Arbeitsmarktes mit großen

200 Sorgen entgegen. Wir müssen deshalb glaubwürdige Konzepte erstellen, die gewährleisten, dass alle Menschen an der Rendite dieser Entwicklung beteiligt werden.

205 An wenigen Stellen lässt sich Politik so greifbar machen, wie vor Ort in den Kommunen. Die SPD muss ihre kommunalpolitische Verankerung im Land wieder mehr stärken und hierfür mehr Ressourcen zu Verfügung stellen. Dabei steht für uns die kommunale Selbstverwaltung und die Subsidiarität im Vordergrund. Was vor Ort geregelt werden kann, sollte auch dort bleiben. Um die zunehmende Landflucht zu verhindern, muss es unser Ziel sein, Arbeitsplätze durch zeitgemäße digitale Infrastruktur, Wirtschaftsförderung und eine gute Verkehrsanbindung, sowohl beim Individualverkehr als im Besonderen auch beim Öffentlichen Personennahverkehr, vor Ort zu halten. Viele 210 junge Menschen haben ihre ersten Anknüpfungspunkte an Politik vor Ort, deshalb muss es das Ziel der SPD sein, junge Menschen stärker einzubinden und die Jugendbeteiligung ernsthaft zu stärken.

215 Die Integration der vielen Menschen auf der Flucht stellt eine der größten Herausforderungen der kommenden Zeit dar. Die Sozialdemokratie muss für eine offene und solidarische Gemeinschaft stehen. Diskussionen über Obergrenzen widersprechen unserem Werteverständnis. Die Ängste in der Bevölkerung können nur dann abgebaut werden, wenn es einerseits gelingt, aufzuzeigen, wie Integration tatsächlich gewährleistet werden kann und andererseits sichergestellt wird, dass es keinem Bürger und keiner 220 Bürgerin schlechter geht, weil Geflüchtete in unserer Gesellschaft Schutz finden. Die Integration am Arbeitsmarkt stellt dabei einen zentralen Schritt dar. Flüchtlinge dürfen daher nicht durch Gebühren bei Sprachkursen von diesen ferngehalten werden. Die unterschiedlichen Kulturen führen zu neuen Herausforderungen. Der Schutz der Rechte von Frauen stellt für uns daher eine zentrale Aufgabe dar. Weibliche Flüchtlinge müssen besser vor Übergriffen geschützt werden und besonders frauenspezifische Fluchtursachen 225 stärker als bisher geprüft werden.

230 Die SPD muss das Gefühl eines selbstbestimmten Lebens wieder stärker in konkrete Politik umsetzen. Gerade Jüngere erwarten von der Politik keine Vorschriften und Bevormundungen, sondern eine Politik des Ermöglichens und Gestaltens. Deshalb wollen wir junge Menschen durch gute Bildung und Prävention zu einem bewussten Umgang mit Medien, Alkohol und Drogen erziehen, statt sie durch Verbotspolitik an den Rand des gesellschaftlichen Bewusstseins zu verdrängen. Unsere Innenpolitik muss darauf ausgelegt sein, die Freiheit jedes einzelnen zu sichern. Auch in Zeiten zunehmender 235 Bedrohung durch den Terror muss sich die Sozialdemokratie der Gefahren von Einschränkungen von Bürgerrechten zugunsten der Sicherheit bewusst sein und jede Verschärfung bestehender Sicherheitsgesetze mit großer Vorsicht prüfen. Die Freiheit des Einzelnen kann nicht durch Generalverdacht oder unverhältnismäßige Einschränkung der Privatsphäre gewährleistet werden.

240 Europa ist nicht erst seit dem Brexit in Gefahr. Dabei muss die Vision der SPD immer ein geeintes, föderales Europa bleiben, in dem hohe soziale und demokratische Standards und das Leben in Frieden gefördert werden. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat genauso wie die Entwicklung der vielen Flüchtlinge die Schwächen der europäischen Familie offenbart. 245 Wir müssen für ein Europa kämpfen, das jedem Menschen Würde und Existenzsicherung gewährleistet und in dem die Lasten gemeinsam von allen Mitgliedsstaaten solidarisch getragen werden. Wir müssen uns der zunehmenden Renationalisierung in Europa entgegenstellen und dafür kämpfen, dass die europäischen Institutionen, allen voran das Europäische Parlament, gestärkt werden. Nur wenn es demokratisch legitimierte

250

europäische Institutionen gibt, wird Europa als eine Union der Bürgerinnen und Bürger und nicht von Nationalinteressen geleitete Regierung wahrgenommen.

255 Dabei muss der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und Armut im Vordergrund stehen. Nur wenn es uns gelingt, junge Menschen von den Vorteilen Europas zu überzeugen, kann dieses Projekt langfristig gelingen.

Strukturen modernisieren

260

Auch strukturell muss die SPD Baden-Württemberg Lehren aus dem Landtagswahlergebnis ziehen. Wir müssen unsere Strukturen und Arbeitsweisen in das 21. Jahrhundert heben und auf rückläufige Präsenz von Abgeordneten in der Fläche, veränderte Alters- und Mitgliederstrukturen reagieren. Dafür muss die SPD das

265 Zusammenwirken von hauptamtlichen MitarbeiterInnen, Amts- und MandatsträgerInnen sowie Ehrenamtlichen neu organisieren.

Der Erneuerungsprozess hat dabei bereits erste Weichen gestellt. Für uns SozialdemokratInnen ist dabei deutlich: Ziel dieses Prozesses muss es sein, bisherige

270 Strukturen ohne Scheuklappen zu hinterfragen und auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Dabei muss das Ziel nicht Veränderung der Veränderung wegen bedeuten, vielmehr müssen wir gemeinsam mit allen Akteuren notwendige Reformen nachhaltig und langfristig anlegen.

Der SPD-Landesvorstand hat in seiner bisherigen Arbeitsweise die Funktion einer politischen und strategischen Führung nur eingeschränkt erfüllt. Nur wenn es der Sozialdemokratie gelingt, Strategien, Ziele und konkrete Konzepte gemeinsam mit allen Akteuren verbindlich zu debattieren und dann gemeinsam nach außen zu tragen, kann ein gemeinsames Auftreten gelingen. Dieses Gremium muss der SPD-Landesvorstand wieder

280 werden.

Entscheidend ist nach unserem Dafürhalten nicht die Größe des Gremiums, sondern die Arbeitsweise und der Umgang mit Beschlüssen und Entscheidungen. Der Landesvorstand sollte daher durch ein verbindliches Arbeitsprogramm eine organisatorische und

285 inhaltliche Agenda festlegen, die mit einer konkreten Aufgabenverteilung zwischen Mitgliedern des Landesvorstandes einhergeht.

Die rückläufigen Abgeordnetenmandate haben in der Fläche zu einem Verlust von Repräsentanz der SPD genauso beigetragen, wie zu einer abnehmenden Vernetzung der Kreisverbände vor Ort mit der Landes- und Bundespolitik. Die vier regionalen stellvertretenden Landesvorsitzenden müssen neben repräsentativen Aufgaben nach Außen, die Betreuung ihrer Region in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen. Dabei müssen Inhalte, Strategien und Entscheidungen des Landesvorstandes hin zu den Kreisvorsitzenden und Abgeordneten in der Region genauso erfolgen, wie das Aufgreifen von Initiativen aus den Reihen der Kreis- und Ortsvereinsvorsitzenden. Kreisverbände und Ortsvereine müssen durch die stellvertretenden Landesvorsitzenden und Beisitzer außerdem in ihrer politischen Arbeit unterstützt und beraten werden.

290

295

Das Betreuungssystem der Landtagsabgeordneten muss verändert werden. Teils große weiße Flecken machen eine Betreuung durch je eineN Landtags- und BundestagsabgeordneteN unmöglich. Vielmehr müssen Informationen gebündelt werden und die Abgeordneten insbesondere bei der Weitergabe von Informationen von den Regionalbüros unterstützt werden. Auch müssen die nicht gewählten Kandidatinnen und

300

305 Kandidaten der Landtags- und Bundestagswahlen weiter eingebunden werden, damit der langfristige Aufbau von Personen vor Ort gelingen kann.

Die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesgeschäftsstelle und den Regionalzentren unterstützen bereits jetzt mit großem Einsatz die Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften in ihrer Arbeit. Wir glauben, dass es gerade durch weniger Abgeordnete in der Fläche eine Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen allen Hauptamtlichebenen geben muss. Die Regionalzentren sind nicht nur Organisationsbüros, sondern auch Repräsentanten der SPD vor Ort und wichtige Netzwerkzentren. Durch ihr großes Wissen über die regionalen politischen Zusammenhänge und Themen können die RegionalgeschäftsführerInnen stärker als politische Kommunikatoren agieren. So sollte das Aufbereiten von für Kreisverbände relevanten Inhalten auch zum Teil ihres Aufgabenspektrums gehören. Dabei verfügen die Regionalzentren oft über großes Wissen über einzelne Gliederungen vor Ort. Gerade im Falle von Veränderungen, beispielsweise bei Zusammenlegung von Ortsvereinen, kann dieses Wissen durch die Regionalgeschäftsstellen erhalten werden. Des Weiteren fordern wir einen landesweiten Aufgabenkatalog für Regionalzentren. Hierbei soll für jede Parteigliederung vollkommen transparent ersichtlich sein, welche Dienstleistungen ein Regionalzentrum übernimmt.

325 Die Art und Weise unserer Kommunikation befindet sich nicht auf der Höhe der Zeit. Immer öfter erhalten Mitglieder einer Flut von Newslettern unterschiedlicher Ebenen, der Informationsaustausch wird dabei auf ein Minimum reduziert. Ziel muss es sein, Inhalte unterschiedlicher Ebenen gebündelt weiter zu tragen und technische Möglichkeiten der Kommunikation, wie etwa Telefonkonferenzen oder eine digitale Beteiligungsplattform auf ihre Eignung für die SPD Baden-Württemberg zu prüfen. Dafür können auch positive Beispiele für Verbandskommunikation von befreundeten Organisationen, etwa der IG Metall berücksichtigt werden.

335 Die SPD muss ihre Kommunikation auch nach außen auf einen neuen Stand bringen. Sitzungen ohne öffentliche Wahrnehmungen, Gespräche mit immer den gleichen Personen ohne politische konkrete Folgen frustrieren immer mehr Parteimitglieder. Wir sollten mehr mit den Menschen sprechen, statt über sie. Deshalb müssen technische Möglichkeiten genutzt werden, mögliche AnsprechpartnerInnen für Gespräche von Ortsvereinen, Kreisverbänden oder KandidatInnen zu erfassen und dieses Netzwerk auch zu pflegen. Wir müssen unsere Strukturen und Fördermittel darauf auslegen, den Binnenfokus zu überwinden und unsere Parteistrukturen dabei unterstützen, ihre Arbeit weg von der teilweise bestehenden Selbstbeschäftigung hin zu wahrnehmbaren Präsenz vor Ort zu verändern.

345 Dabei gilt es, auch die politische Kommunikation und die Debattenkultur innerhalb der SPD zu verändern. Geschlossenheit für uns als SPD heißt nicht die Abwesenheit von Diskussion und Streit. Sie bedeutet, dass alle Akteure bereit sein müssen, für ihre Anliegen zu streiten und zu kämpfen, den gemeinsamen Beschluss im Anschluss aber mitzutragen. Erst wenn unzweifelhaft feststeht, dass gemeinsam gefasste Beschlüsse auch mehrheitlich mitgetragen werden, kann eine konstruktive Debattenkultur entstehen. Politischer Streit kann dabei oft von Vorteil sein und dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit durch den Diskurs erkennt, wofür die SPD steht und welcher Entschluss am Ende dieses Streits steht. Dafür bedarf es eines bewussteren Umgangs darüber, über welche Themen letztendlich gestritten werden sollte. Hierfür müssen alle Akteure in der SPD ihr eigenes Verhalten kritisch reflektieren und Schlüsse für die Zukunft ziehen.

360 Hierbei ist es von zentraler Bedeutung, dass sich alle Akteure am Wohle der Gesamtpartei orientieren und die Interessen einzelner oder bestimmter innerparteilicher Gruppen zurückstellen. Ein geschlossenes Gesamtbild der SPD Baden-Württemberg ist in diesen Zeiten nötiger denn je um als schlagkräftige Opposition gegen Grün-Schwarz zu agieren.

365 Die SPD Baden-Württemberg muss ihre inhaltliche Innovationskraft und Stärke wieder mehr entfalten. Die Fachbeiräte haben sich als auf Dauer als ungeeignet erwiesen, den Raum für eine inhaltliche Arbeit darzustellen. Ziel muss es sein, durch regelmäßig stattfindende Landesverbandswochenenden den Raum für inhaltliche Diskussionen zu schaffen. Bei diesen sollten vom Landesvorstand im Arbeitsprogramm festgelegte langfristige Themen genauso eine Rolle spielen, wie kurzfristig aufkommende tagesaktuelle Fragen. Dabei sollte es durch eine breite Einbindung der Kreisverbände und 370 der Landesarbeitsgemeinschaften gewährleistet sein, dass das große Wissen der Mitglieder genauso Berücksichtigung findet, wie die Kompetenzen der Abgeordneten und der Verbände und Organisationen.

375 Großes Know-How herrscht bei unseren KommunalpolitikerInnen vor. Oft sind sie die bekanntesten Gesichter der Sozialdemokratie in ihrer Stadt, Gemeinde oder ihrem Ortsteil. Eine Stärkung dieser sozialdemokratischen Basis ist für die SPD Baden-Württemberg elementar. Hierzu gehört die enge Einbeziehung der kommunalen MandatsträgerInnen in die Aktivitäten der Landespartei um sie zu vernetzen und Synergien zu schaffen. Die professionelle Betreuung und Schulung der Ortschafts-, Bezirks-, Gemeinde- und Stadträte muss wesentlicher Bestandteil des neuen Landesvorstands und dessen Regiobetreuung 380 sein.

385 Die baden-württembergische Sozialdemokratie muss die Digitalisierung als Chance begreifen und die Vorteile nutzen: Eine grundlegende Reform der Begleitplattform meinSPD.de oder die Schaffung einer neuen Plattform zur Vernetzung der aktiven Mitgliedern muss geprüft werden, die insbesondere zum Ideen-Austausch, zur inhaltlichen Bildung und zur Kontaktvermittlung dienen könnte. Sollte die Entscheidung zur Nutzung einer Plattform ausfallen, so ist eine kontinuierliche Betreuung und ggf. Verbesserung sicherzustellen. Den Kreisverbänden könnten dort Dienstleistungen aus den Reihen der 390 Hauptamtlichen sowie der Mandatsträger, genauso wie inhaltliche Informationen und Muster für Formalien zur Verfügung gestellt werden.

395 Digitalisierung bedeutet Barrierefreiheit: Menschen, die der Sozialdemokratie verbunden sind (Mitglieder oder Interessierte), jedoch nicht die Möglichkeit haben, weite Anreisen zu Veranstaltungen oder Konferenzen auf sich zu nehmen, müssen die Chance bekommen, virtuell an ebendiesen teilzunehmen. Dies dient sowohl der politischen Bildungsarbeit, als auch einer größeren Partizipation und Offenheit gegenüber Mitgliedern und Interessierten.

400 Eine offene Partei für Diskussionen und für die Beteiligung vieler, dies muss der erklärte Anspruch der SPD Baden-Württemberg sein. Viele Menschen im Land brauchen ein attraktives Angebot, um sich zu beteiligen, sich einzumischen und ihre Expertise einzubringen. Hierzu zählen auch die öffentlichen Vorwahlen von KandidatInnen bei allgemeinen Wahlen. Öffentliche und offene Vorwahlen erzeugen ein hohes Maß an 405 medialer Aufmerksamkeit, ferner regen sie die thematische Debatte an und stellen die Inhalte der Kandidierenden und der Partei in den Vordergrund. Durch die Einbeziehung der Öffentlichkeit werden breitere gesellschaftliche Gruppen in die KandidatInnenfindung miteinbezogen.

410

Die SPD bildet aktuell nicht den Querschnitt der Bevölkerung ab, weder in der Landtags- und Bundestagsfraktion, noch in der öffentlichen Wahrnehmung der Partei. Wenn es nachhaltig gelingen soll, junge Menschen, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund stärker anzusprechen und an uns zu binden, dann müssen diese Gruppen stärker als bisher gefördert werden und bei der Vergabe von Listenplätzen und Funktionen innerhalb der SPD berücksichtigt werden

Antragsbereich P/ Antrag 3

Kennnummer 11432
Kreisverband Freiburg

Profil schärfen - sozialdemokratischen Aufbruch gestalten

Profil schärfen sozialdemokratischen Aufbruch gestalten

Die Auswirkungen von Kriegen, Konflikten und Krisen treffen immer mehr auch Deutschland. Ihre Ursachen liegen vor allem in wachsenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen Regionen und Staaten sowie innerhalb einzelner Staaten. Weltweit öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich, Schwach und Mächtig immer weiter. Terror, Gewalt, Vertreibung und Flucht sind Symptome der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen.

Die Flüchtlingsströme geben konservativen und reaktionären Kräften bei uns Gelegenheit von diesen Ursachen abzulenken und die politische Tagesordnung mit nationalistischen und fremdenfeindlichen Diskursen zu bestimmen und die Sorge zu schüren, dass der Staat die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung vernachlässigen würde. Durch die Flüchtlingsdebatte werden Defizite und Ungerechtigkeiten in Deutschland zum Thema: Wohnungsmangel, regionale Ungleichgewichte und Strukturschwächen, Lücken in den sozialen Sicherungssystemen von Gesundheit über Arbeitslosenversicherung bis zur Altersvorsorge, ein ausgedünnter öffentlicher Dienst und viel zu geringe Investitionen in Daseinsvorsorge und Infrastruktur – um nur einige Stichworte zu nennen.

Während sich ein großer Teil der Bevölkerung sorgt, werden die Reichen und Superreichen immer reicher, selbst in der heutigen Niedrigzinsphase. Und der Staat nimmt sie nur unzureichend in die Pflicht. Diese wachsende Schere zwischen Arm und Reich gefährdet unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, die Freiheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gerade in dieser Zeit ist eine Sozialdemokratie gefordert, die klar für Gerechtigkeit steht.

Wir wollen das Vertrauen in das sozialdemokratische Versprechen nach einer menschlicheren, gerechteren und friedlichen Gesellschaft erneuern.

35 Obwohl SPD-Themen wie Mindestlohn und Rente mit 63 die Regierungsarbeit des
ersten Jahres bestimmten, blieben die Umfragewerte für uns im Schnitt unter dem
Bundestagswahlergebnis von 2013. Das führte dazu, dass wieder Debatten geführt
werden, die einen inhaltlichen roll-back bedeuten. Mit der Ausrichtung auf das
Lebensgefühl einer „leistungsstarken Mitte“ sollen Verteilungsfragen wie z.B. die
40 Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer,
Maßnahmen gegen Altersarmut eher ausgeblendet werden, da sie dieses Le-
bensgefühl nicht treffen würden.

45 Die SPD darf aber ihren Gestaltungswillen als Partei der sozialen Gerechtigkeit
nicht aufgeben und muss an den Reformprozess 2009 bis 2013 anknüpfen. Es
reicht nicht, vor Wahlen die soziale Karte z.B. für einen Sozialpakt zu ziehen.

**Die SPD muss Orientierung bieten: Gegen politische Resignation und Spaltung der
Gesellschaft. Für Vertrauen in Programm und Handeln der Sozialdemokratie.**

50 Wichtige Eckpunkte künftigen Regierungshandelns sind daher:

1. Unser Land durch Investitionen zukunftsfest machen

55 Deutschland braucht mehr Investitionen. Der Bedarf liegt derzeit bei mindestens
200 Milliarden Euro für die nächsten Jahre.[1] Neben den klassischen Investitionen
in Straßen, den ÖPNV und in Gebäude gilt es auch in soziale Infrastruktur zu
investieren: in Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur, Bildung und Kultur.

Die SPD wird dafür sorgen, dass

- 60 • vom öffentlichen Sektor entscheidende Impulse ausgehen. Länder und
insbesondere die Kommunen brauchen für ihre Aufgaben ausreichend
eigene Mittel.
- 65 • Die SPD darf sich mit der Schuldenbremse und dem Fiskalpakt in der
gegenwärtigen Form nicht abfinden, denn beide Verbote wirken in
Deutschland und Europa als Bremse für Investitionen. Die Einhaltung der
Schuldenbremse darf gerade in den Zeiten niedrigster Zinsen kein
Investitionshemmnis sein. Die Schuldenbremse durch Einwerbung
70 privaten Kapitals zu umgehen, ist inakzeptabel. Dies wäre nicht nur
wesentlich teurer als eine direkte Aufnahme von Staatsanleihen, sondern
es würde die demokratische Handlungsfähigkeit des Staates
einschränken und ihn von privaten Geldgebern abhängig machen. Wir
brauchen stattdessen eine erneuerte, moderne „goldene Regel“, die
75 Neuverschuldung in Höhe der Nettoinvestitionen ermöglicht und den
Begriff der Investition stärker als bisher auf Wachstumsförderung
ausrichtet.

**2. Arbeitswelt demokratisieren, Rente existenzsichernd gestalten,
Gesundheit solidarischer finanzieren**

80 Es muss zu aller erst um die menschliche Gestaltung der Arbeitswelt gehen. Dies
bedeutet neue Initiativen zur Humanisierung der Arbeit, insbesondere mit Blick
auf die Digitalisierung von Industrie und Dienstleistungen und den neuen
Umwälzungsprozess in der gesamten Wirtschaft, Reduzierung von Stress,
85

Verkürzung von Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz, besonders hinsichtlich der zunehmenden psychischen Erkrankungen.

Die SPD wird

90

- die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen ebenso wie die europäische und globale Mitbestimmung in internationalen Konzernen ausbauen helfen,

95

- den begonnenen Weg von Mindestlohn, Stärkung der Tarifautonomie, Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen, einer Reform der Hartz-Gesetzgebung in Richtung einer Arbeitsversicherung mit Verlängerung des ALG-I-Bezuges und gezielten Programmen gegen verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit weitergehen. Den Mindestlohn wollen wir dynamisieren und armutsfest machen, wirksam kontrollieren, durch ein Verbandsklagerecht stärken sowie Ausnahmen abschaffen.

100

- die Lücke zwischen Arbeitsentgelten von Frauen und Männern durch ein wirksames Lohngerechtigkeitsgesetz schließen,

105

- die Qualifizierungsoffensive (Aus- und Weiterbildung), vor allem durch Systematisierung der beruflichen Weiterbildung, sinnvolle Weiterentwicklung des Berufsbildungsgesetzes, Mindestausbildungsvergütung, Recht auf bezahlte Qualifizierungen, Finanzierung auch durch Branchen- und regionale Fonds aus betrieblichen Umlagen fortsetzen.

110

Wir brauchen endlich die Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung

115

- mit der wir anschlussfähig sind, die alle Einkommensarten einbezieht, paritätisch finanziert ist und in der die Beitragsbemessungsgrenze entsprechend angehoben wird,
- um über eine gerechte solidarische Finanzierung auch die Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität und die Zugänge zum medizinischen Fortschritt für alle Bürgerinnen und Bürger zu garantieren.

120

In der Rentenpolitik wird die SPD

125

- die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder zur Hauptsäule der Altersvorsorge machen. Sie muss vor allem lebensstandardsichernd ausgestaltet werden anstatt zur Grundsicherung zu verkommen,

130

- das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % stabilisieren. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.

135

- die Riesterrente bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abschaffen. Es darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme welcher Art auch immer geben. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester) und die vom DGB vorgeschlagene Demografiereserve zu schließen.

140 Das gesetzliche Rentenzugangsalter darf nicht weiter steigen. Die Lösung liegt
nicht in längerem Arbeiten bis 67 als faktischem Zwang, um der Altersarmut zu
entgehen.

145 Perspektivisch ist die Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status
als ArbeitnehmerIn, Beamte oder Selbständige die Lösung. Notwendige Schritte
dorthin müssen sofort nach der nächsten Bundestagswahl erfolgen.

3. Durch Europa sozialen Frieden garantieren

150 Jahre praktizierter Sparpolitik, von Rückschritten in der europäischen Sozial- und
Arbeitsmarktpolitik sowie der kontinuierlichen Beschneidung von
Mitbestimmung haben Europa entsolidarisiert. Fiskalunion und freier
Warenhandel wirken momentan wie das wichtigste Bindeglied.

155 Auf europäischer Ebene müssen die Handlungsfähigkeiten der Staaten und der
Institutionen der EU gesichert werden. So hat das deutsche Beispiel gezeigt, dass
Konjunkturprogramme Krisen überwinden helfen. Daher sind Investitionen auf
EU-Ebene in Energie, Forschung, Bildung, Kultur, Infrastruktur, den Schutz der
Umwelt und den Arbeitsmarkt, vor allem für junge Menschen, absolut notwendig.

160 Die SPD wird

- einen nachhaltigen Wachstumskurs fördern, nicht auf die noch härteren Sparmaßnahmen setzen. Dies ist nicht nur wirtschaftlich richtig, sondern auch politisch unbedingt notwendig, da nur so die Menschen wieder Vertrauen in die europäische Idee und ihre europäischen Partner gewinnen können. Eine Union, die für Rentenkürzungen, fehlende Krankenversicherung und gesellschaftliche Verarmung steht, wird keine Zukunft haben. Wir sind überzeugt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen politischen Ansatz gutheißen werden, wenn wir ihn konsequent verfolgen und uns nicht von rechten Ideologen beirren lassen.
- die soziale Dimension der EU weiter stärken und insbesondere in der Eurozone die sozialen mit den wirtschaftlichen Rechten gleichstellen. Eine europäische Sozialunion beinhaltet auch Mindeststandards für Arbeitnehmerrechte, Sicherungssysteme und Mitbestimmung.
- alle Punkte, die zu TTIP, TISA und CETA vom SPD-Parteitag beschlossen wurden, sind zu erfüllen. Diese Bedingung sehen wir bisher nicht annähernd umgesetzt. Viele Menschen erwarten gerade von der SPD, dass wir ihre Interessen wahren und keine faulen Kompromisse eingehen. Die Beteiligung vieler Menschen an der Debatte über die Handelsabkommen darf auch als partizipatorischer Erfolg gewertet werden. So stellen wir uns gelebte Demokratie vor. Vor dem Hintergrund der vorliegenden Ergebnisse steht für uns fest: CETA ist in der vorliegenden Form, obwohl dank des Einsatzes der SPD in den Verhandlungen deutliche Fortschritte erzielt wurden, nicht zustimmungsfähig.

4. Humanität und Verantwortung in der Flüchtlingspolitik zeigen

190 Unsere Flüchtlingspolitik muss von Humanität und Verantwortung gegenüber
Menschen in Not geprägt sein. Humanitäre Hilfe ist kein gnädiger Akt, sondern
eine ethische Verpflichtung. Im letzten Jahr waren so viele Menschen vor Krieg,

195 Hunger und Verfolgung auf der Flucht wie noch nie seit Bestehen der Europäischen Union. Viele dieser Menschen flohen nach Europa und Deutschland und werden es auch weiterhin tun. Dabei nahmen und nehmen die Flüchtlinge häufig gefährliche Wege in Kauf. Im vergangenen Jahr ertranken 2760 Flüchtlinge im Mittelmeer bei dem Versuch, von der Türkei oder Nordafrika aus Europa in Schlauchbooten zu erreichen, um hier ihr Recht auf Asyl geltend zu machen.

200 Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass

- legale und vor allem sichere Zuwanderungswege nach Europa geschaffen werden. Spezielles Augenmerk gilt hier besonders schutzbedürftiger Personen.
- Zuwanderungsgrenzen für Flüchtlinge verhindert werden. Den Schutz, den das Grundgesetz politisch Verfolgten garantiert, bleibt unantastbar. Wie für keine andere Partei aus ihrer Überzeugung und Geschichte heraus ist dies für die Sozialdemokratie politische Verpflichtung.
- ein Einwanderungsgesetz beschlossen wird.

210 Flüchtlinge müssen so schnell wie möglich integriert werden. Ein Schlüssel für Integration ist eine gute Ausbildung und ein Arbeitsplatz. Beides setzt wiederum gute Sprachkenntnisse voraus. Auf Drängen der SPD-Fraktion hat der Bund die Integrationskurse für Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive geöffnet und die Mittel entsprechend erhöht.

215

Die SPD wird dafür sorgen, dass

- kurzfristig die Eingliederungstitel der Jobcenter erhöht werden, um Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen zu können. Die Aufstockung der Mittel des Jobcenters wird aber auch Menschen zu Gute kommen, die schon lange in Deutschland leben und bislang vergeblich eine Arbeit gesucht haben.
- keine Konkurrenzsituation von Flüchtlingen und deutschen Arbeitnehmern entstehen. Einer Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge treten wir entschieden entgegen.

225

5. Friedenspolitik aktiv gestalten

230 Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, muss vor allem die Ursachen von Konflikten, Gewalt und Kriegen benennen und bekämpfen. Auch hier geht es vor allem um Gerechtigkeit, Ausgleich, Abbau von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten, Folgen von Handelsbeziehungen und Klimawandel. Dies erfordert den Blick sowohl in die Staaten und Regionen, wie auf globale und internationale Beziehungen. Wer von Friedensschaffung und Friedenssicherung reden will, darf über eine gerechte Gestaltung der Globalisierung nicht schweigen. Die vielbeschworene „Verantwortung Deutschlands in der Welt“ darf nicht als Vorwand für immer neue und intensivere militärische Einmischungen benutzt werden, sondern muss vor allem präventiven und diplomatischen Charakter haben.

240

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass

- 245
- eine drastische Reduzierung der geplanten Aufrüstungspläne der Bundesverteidigungsministerin in Höhe von 130 Mrd. Euro bis 2030 vorgenommen wird,
 - die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (0,7 % des Bruttoinlandprodukts) eingehalten werden,
- 250
- die Social Development Goals (SDGs) seitens der Bundesrepublik (Nachhaltigkeitsziele, soziale Entwicklung weltweit) konsequent umgesetzt werden, z. B. durch verbindliche Regelungen in den Handelsbeziehungen, die diese Ziele für alle Unternehmen durchsetzen und kontrollierbar machen,
- 255
- restriktive Regelungen der deutschen Rüstungsexport-Politik eingehalten und deren Durchsetzung auch auf europäischer Ebene gesetzlich verankert werden.

260 Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss ausgleichend sein und die zivile Krisenprävention muss im Mittelpunkt stehen. Weder darf die Isolationspolitik gegen Russland, noch darf der Waffenexport in kriegstreibende Länder wie Saudi-Arabien fortgesetzt werden.

265 Ökonomische und ökologische Ausbeutungen können zu zunehmenden Spannungen führen und auch Bürgerkriege entfachen. EU und USA hätten in Syrien vorzeitiger auf Friedensgespräche drängen müssen, statt einseitig Partei zu ergreifen. Syrien ist so fragmentiert, dass mit allen Parteien geredet werden muss. Sowohl im Welthandel wie bei der Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit

270 brauchen wir globale Institutionen, weshalb unsere Politik wieder die Reform und Stärkung der UN in den Mittelpunkt stellen muss

6. Steuern durch gerechte Steuern

275 Eine solidarische und friedliche Gesellschaft ist nicht kostenlos zu haben. Sie braucht einen gut finanzierten Staat. Zur Zukunftssicherung bedarf es wieder einer sozialdemokratischen Steuerpolitik mit einer

- sozial ausdifferenzierten Einkommenssteuer mit einem höheren Spitzensteuersatz,
- der Kapitalbesteuerung mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz,
- einer Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,
- einer Erbschaftssteuer, die Betriebsvermögen so behandelt, dass reinvestierte Gewinne berücksichtigt werden, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern, dem Gleichheitsbehandlungsgrundsatz des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird und mindestens 10 Milliarden Euro einbringt.
- Die Finanztransaktionssteuer muss endlich eingeführt werden.

290 Eine solche Steuerpolitik muss einhergehen mit

- der höheren Eigenkapitalausstattung von Banken,
 - dem Kampf gegen Schattenbanken und Steueroasen,
 - einer Einführung eines Finanz-TÜVs zur Prüfung und Zulassung neuer Finanzprodukte
- 295

[1] Das (arbeitnehmernahe) Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) veranschlagt allein für die Verkehrsinfrastruktur einen Investitionsbedarf von 120 Mrd. in den kommenden 10 Jahren.

Antragsbereich Ä/ Antrag 5

Kennnummer 11442

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag P3

Änderungsantrag zum Antrag P3

Einfügen in Zeile 122 nach "Ausnahmen"
"bei unter 18-jährigen und Langzeitarbeitslosen"

Erledigt durch
Regierungsprogramm
zur Bundestagswahl

Antragsbereich Ä/ Antrag 6

Kennnummer 11443

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag P3

Änderungsantrag zum Antrag P3

Ersetze Zeilen 151 bis 155 durch:

Erledigt durch
Regierungsprogramm
zur Bundestagswahl

5 "die bisherige Altersvorsorge umfassend reformieren. Um eine tragfähige Rente zu gewährleisten, muss langfristig ein Drei-Säulen-Modell angestrebt werden, welches dem demographischen Wandel Rechnung trägt. Neben der bisherigen beitragsfinanzierten Rente soll eine steuerfinanzierten Garantierente zur Grundsicherung beitragen, die durch alle SteuerzahlerInnen gemeinschaftlich finanziert wird. Darüber hinaus setzen wir uns für eine kapitalgedeckte Altersvorsorge ein, welche paritätisch von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen wird."

Antragsbereich Ä/ Antrag 7

Kennnummer 11444

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag P3

Streiche Zeilen 160 bis 162 Streiche ("Es darf keine ... immer geben.")

**Änderungsantrag zum
Antrag P3**

Erledigt durch
Regierungsprogramm
zur Bundestagswahl

Antragsbereich Ä/ Antrag 9

Kennnummer 11446

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag P3

Streiche Zeile 214 und 215 ("Diese Bedingungen sehen wir bisher nicht annähernd umgesetzt.")

**Änderungsantrag zum
Antrag P3**

Erledigt durch
Regierungsprogramm
zur Bundestagswahl

Antragsbereich Ä/ Antrag 10

Kennnummer 11447

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag P3

Streiche Zeilen 221 bis 225 („Vor dem Hintergrund ... nicht zustimmungsfähig.“

**Änderungsantrag zum
Antrag P3**

Erledigt durch
Regierungsprogramm
zur Bundestagswahl

Antragsbereich Ä/ Antrag 11

*Kennnummer 11448
Kreisverband Ulm*

Änderungsantrag zum Antrag P3

Zeile 339 und 340 streichen.

Änderungsantrag zum Antrag P3

Erledigt durch Regierungsprogramm zur Bundestagswahl

Antragsbereich Ä/ Antrag 12

Kennnummer 11449

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag P3

Streiche in Zeile 346

“und mindestens 10 Milliarden Euro einbringt.”

Änderungsantrag zum Antrag P3

Erledigt durch
Regierungsprogramm
zur Bundestagswahl

Antragsbereich P/ Antrag 4

*Kennnummer 11433
Kreisverband Rottweil*

Gerechte Wirtschafts- und Sozialpolitik

Gerechte Wirtschafts- und Sozialpolitik

Bei der letzten Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg erhielt die SPD gerade noch 12,1% der Wählerstimmen. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass wir von vielen Menschen als ihre Interessenvertreter nicht mehr wahrgenommen werden. Sie vermissen „soziale Gerechtigkeit“, ein Ziel, welches sich unsere "alte" SPD einst auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

Erledigt durch
Regierungsprogramm
zur Bundestagswahl

5 Um in den kommenden Jahren nicht in die völlige Bedeutungslosigkeit zu versinken, ist ein Aufbruch dringend nötig und es gilt, Antworten auf die Frage zu finden, warum man die SPD wählen sollte.

10 Dies betrifft auch den Bereich der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Die herrschende angebotsorientierte Wirtschaftsideologie will Ungleichheit als Triebfeder jeglichen Fortschritts. Und sie hat sich durchgesetzt. In der Praxis: Die Wirtschaftsleistung in Deutschland (BIP) ist zwischen 1950 und 2010 auf das 50fache gestiegen, die Geldvermögen stiegen auf das 256fache.

15 Und in der Theorie: Neoliberalismus dominiert in Forschung, Lehre und Medien. Auch die
 Agenda 2012 war von diesem Denken geprägt: Es ging schlicht darum, die Arbeitskosten
 zugunsten eines als sinnvoll erachteten Exportüberschusses zu senken. Was für die
 Lohnkosten galt, galt nicht für die Gehälter: Ein VW- Chef erhält je nach Jahreseinkommen
 seines Angestellten (30 000 oder 50 000 €) das 500fache oder 300fache: 15 Mio
 Nicht nur das:
 20 Arbeitnehmer überlassen Arbeitgebern die Kapital- oder Investitionsgüter und begnügen
 sich mit Geld zum Konsum. Als Produktionsfaktoren wirken nun aber einmal Arbeit und Kapital: mit nur einem Faktor
 gibt es keine Wertschöpfung.
 Warum entscheidet dann nur die Kapitaleseite über Investitionen und Arbeitslosigkeit?
 25
 Deshalb möge der Parteitag beschließen:
 Eine gerechte Wirtschafts- und Sozialpolitik erfordert paritätische Mitbestimmung und
 Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen sowie gleichmäßige Verteilung der
 Lasten des Sozialstaats und die Wiedereinführung einer Vermögensteuer, die diesen Namen
 30 verdient.

Antragsbereich P/ Antrag 5

*Kennnummer 11434
 Kreisverband Stuttgart*

Solidarische Gesellschaft

Solidarische Gesellschaft

- Ein ausgeglichener Haushalt darf nicht auf Kosten der Vernachlässigung weiterer Bereiche – z.B. sozialer Wohnungsbau, öffentlicher Schienen- und Straßenverkehr, Integration von Flüchtlingen etc. – gesamtstaatlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge gehen. Wir fordern, dass sich die Partei jeglicher Privatisierung staatlicher Aufgaben ausnahmslos verweigert. Erledigt durch Regierungsprogramm zur Bundestagswahl
- Eine umlagefinanzierte Rente muss die Riesterrente zukünftig ersetzen. Es bedarf ein aus Umlagen und Steuern ausreichend finanziertes Rentenkonzept, das jegliches Herabsetzen des Rentenniveaus verhindert.
- Schaffung einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung, in die alle Einkommen einzahlen (Ausweitung des versicherungspflichtigen Personenkreises)
- Private Vor- oder Mitfinanzierung des Straßen- und Schienenbaus widerspricht sachgerechter Finanzierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Investitionen in den schienengebunden öffentlichen Nah- und Fernverkehr sowie den Güterverkehr entlasten die Straßen und die Umwelt. Ticketpreise müssen sozial verträglich gestaltet.
- Wir benötigen eine von Empathie und Solidarität mit unseren europäischen Nachbarländern geprägte Finanzpolitik.
- Zielgerichtete Entwicklungshilfe muss verhindern, dass die in der Entwicklung befindlichen Länder als billige Rohstofflieferanten stagnieren. Vielmehr muss ihnen der Aufbau einer eigenständigen wirtschaftlichen Infrastruktur ermöglicht werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 13

Kennnummer 11450

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag P5

**Änderungsantrag zum
Antrag P5**

Ersetze Zeilen 8 bis 11 durch

Erledigt durch
Regierungsprogramm zur
Bundestagswahl

5 “Die bisherige Altersvorsorge muss umfassend reformiert werden. Um eine
tragfähige Rente zu gewährleisten, muss langfristig ein Drei-Säulen-Modell
angestrebt werden, welches dem demographischen Wandel Rechnung trägt. Neben
der bisherigen beitragsfinanzierten Rente soll eine steuerfinanzierten
Garantierente zur Grundsicherung beitragen, die durch alle SteuerzahlerInnen
gemeinschaftlich finanziert wird. Darüber hinaus setzen wir uns für eine
10 kapitalgedeckte Altersvorsorge ein, welche paritätisch von Arbeitgeber und
Arbeitnehmer getragen wird.“

Antragsbereich P/ Antrag 6

Kennnummer 11435

*Ortsverein Herrenberg
(Kreisverband Böblingen)*

Bewahrung der Natur als Grundwert der Partei

**Bewahrung der Natur als
Grundwert der Partei**

Der Landesparteitag möge beschließen und an die Parteigremien auf Bundesebene mit Ablehnung
der Empfehlung zur Übernahme weiterleiten:

5 Die Grundwerte der SPD – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden – werden um
das Ziel „Bewahrung der Natur“ erweitert. Alle Beschlüsse der Partei werden darauf hin
überprüft, inwieweit sie diesen Zielen gleichrangig und gleichwertig gerecht werden.

Begründung:

10 Der erste Praxistest ihrer Grundwerte, der Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen der
Beschäftigten im Handwerk und in der Industrie, und für den demokratischen
Rechtsstaat verhalf der SPD zu Ihren Anfangserfolgen.

15 Das Meiste damals und seither Erämpfte gilt heute als selbstverständlich und wird in der komplexen Vielfalt der politischen Themen kaum mehr der SPD zuerkannt. Wer was von der Leistung einzelner Parteien oder Personen wahrnimmt, bleibt bei der Vielfalt heutiger Medien eher dem Zufall überlassen,

20 Umso wichtiger bleiben klar verständliche, einprägsame Grundsätze, an denen sich unsere Politik auf allen Ebenen, vom Gemeinderat bis zum Bundestag und international, deutlich erkennbar ausrichtet.

25 Auch Grundsätze wandeln sich, aber je weitsichtiger sie gefasst sind, desto länger bieten sie nach innen und außen Orientierung.

30 Der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker leitete von 1970 bis 1980 das „Max Plank Institut für die Erforschung der Lebensbedingungen der technisch-wissenschaftlichen Welt“.

Das Forscherteam aus verschiedenen Fachrichtungen formulierte drei notwendige Bedingungen:

35 **Soziale Gerechtigkeit**

militärischer Friede

Bewahrung der Natur.

40 Sie sehen diese drei Bedingungen ineinander verschränkt.

Keine ist ohne die beiden anderen zu verwirklichen.

45 **Die SPD sollte diese drei Forderungen als Grundlage für eine zukunftsfähige Politik übernehmen.**

Die ersten beiden haben in der SPD Tradition. Ihre Verkettung mit der dritten blieb lange verkannt.

50 Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen gilt manchen als Hemmschuh für wirtschaftliche Entwicklung (selbst 24 Jahre nach der UN Umweltkonferenz von 1992 in Rio) und wurde als Politikfeld den Grünen überlassen, mitsamt Generationen von aktiven um die politische Zukunft besorgten Leuten.

55 Nur einzelne SPD-Politiker wie Michael Müller und Hermann Scheer wiesen beharrlich auf die großen Chancen der Solarenergie für viele Politikfelder hin. Das Erneuerbare Energien Gesetz von 2004 bestätigte ihre Prognose und schuf in kurzer Zeit viele neue, hochqualifizierte Arbeitsplätze. Es wurde deshalb in anderen Ländern kopiert. Die einmalige Investition für die Umstellung auf Energie aus Sonne und Wind und die Speichertechnik zum Ausgleich von Schwankungen amortisiert sich durch die Einsparung der Milliarden an jährlichen Kosten für den Import von Kohle und Gas.

60 Die Umweltkonferenz von Paris 2015 bestätigte einmal mehr:

65

Ein rascher Wechsel von fossiler zur Solarenergie erweist sich als einziger Pfad zur Stabilisierung des Klimas.

70 **Bewahrung der Natur muss deshalb ein gleichrangiger Grundsatz schlüssiger SPD-Politik werden.**

Viele junge Leute und gesellschaftliche Meinungsführer warten auf dieses Signal zur Mitarbeit.

Antragsbereich P/Antrag 7

Kennnummer 11436

AfA Baden-Württemberg

Koalition nach der Bundestagswahl

Koalition nach der Bundestagswahl

Die SPD Baden-Württemberg fordert, dass nach der nächsten Bundestagswahl eine Überweisung an den Koalition eingegangen wird, die die Umsetzung einer Bürger*innen-Versicherung und Parteivorstand einer substanziellen Rentenreform verspricht.

5 **Begründung:**

Die SPD hat bei den vergangenen Wahlen in Bund und Land historisch schlechte Ergebnisse eingefahren. Trotz vieler Erfolge sozialdemokratischen Regierungshandelns, wie zum Beispiel die Einführung des Mindestlohns, hat die Partei es nicht geschafft, über diese Maßnahmen innerhalb der Großen Koalition Glaubwürdigkeit und Vertrauen bei den Wähler*innen zurückzugewinnen.

Die großen sozialdemokratischen Reformvorschläge erhalten in der Bevölkerung eine hohe Zustimmung. Deshalb ist es unerlässlich, diese Versprechen endlich einzulösen. Dies ist mit CDU/CSU nicht möglich. In einem Parteiensystem mit voraussichtlich 7 im Bundestag vertretenen Parteien müssen daher neue Bündnisse entstehen. Eine Minderheitsregierung darf nicht von Vorneherein ausgeschlossen werden.

Arbeit

Antragsbereich A/ Antrag 1

Kennnummer 11399

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Tarifbindung stärken – Gewerkschaften stärken

Tarifbindung stärken – Gewerkschaften stärken

5 Die Bundes-SPD hat einen Meilenstein in ihrer Regierungszeit erwirkt. Der Mindestlohn wirkt! Doch der Mindestlohn sollte nur der Anfang sein. Um weiterhin in Deutschland gut leben zu können, muss man nicht auf den Mindestlohn angewiesen sein. Wir brauchen wieder gute Tariflöhne, wieder starke Gewerkschaften. Erledigt durch Regierungsprogramm zur Bundestagswahl

Doch immer weniger Arbeitgeber sind tarifgebunden, ganze 35% in 2015.

10 Die Lohnunterschiede zwischen Betrieben mit Tarifbindung und ohne Tarifbindung war 2015 bei 19%. Tarife und Gewerkschaften sind demnach sehr wichtig. Im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung steht wortwörtlich: „Wir appellieren an die Innungen als Körperschaften des öffentlichen Rechts, die wichtige gesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung zu übernehmen, als Tarifpartner zur Verfügung zu stehen.“

15 Das heißt im Umkehrschluss, dass die Berufsinnungen und Berufskammern Tarifpartner sein können.

20 Der Landesparteitag möge daher ein klares Signal an die Bundesregierung senden, die Tarifautonomie zu stärken. Erneut muss die Bundesregierung den Berufsinnungen und Berufskammern ein klares Signal zur Möglichkeit der Tarifpartnerschaft senden, und zwar allen Berufsinnungen und Berufskammern. Es kann nicht sein, dass die Arbeitgeber sich von dieser Verantwortung verstecken wollen. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass sogenannte OT-Mitgliedschaften (Arbeitgeberverbandsmitgliedschaften ohne Tarif) eingedämmt werden.

30 Des Weiteren möge der Parteitag beschließen, dass das Bundesministerium prüfen soll, inwiefern Hürden für Gewerkschaften bestehen und wie diese abgebaut werden können. Nur so ist gewährleistet, dass die Gewerkschaften Tarifverträge effektiv für allgemeinverbindlich erklären lassen können."

Antragsbereich A/ Antrag 2

*Kennnummer 11404
Kreisverband Freiburg*

Verpflichtung zur Lohn, Gehalts- und Zusatzleistungstransparenz

Verpflichtung zur Lohn, Gehalts- und Zusatzleistungstransparenz

Die SPD setzt sich dafür ein, dass jeder Arbeitgeber*in Deutschland sowie beauftragte Personalvermittlungsagenturen dazu verpflichtet werden, bei internen und externen Stellenausschreibungen, ihre Lohn- oder Gehaltsvorstellungen und die zusätzlichen sozialen Leistungen, welche für die ausgeschriebene Stelle vorgesehen sind, in der Stellenausschreibung anzugeben (Verpflichtung zur Lohn, Gehalts- und Zusatzleistungstransparenz).

Überweisung an die
Bundestagsfraktion

Begründung:

Eine solche Verpflichtung zur Lohn, Gehalts- und Zusatzleistungstransparenz bietet folgende Vorteile für die Arbeitnehmer*innen.

- Die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer*innen gegenüber den Arbeitgebern wird gestärkt.
- Durch die höhere Transparenz entsteht ein echter Wettbewerb um potenzielle Arbeitnehmer*innen, was zu höheren Gehältern und Löhnen sowie zu besseren sozialen Leistungen für die Arbeitnehmer*innen führen wird.
- Durch die höhere Transparenz wird die Lohnbenachteiligung zwischen den Geschlechtern verringert.
- Durch die höhere Transparenz wird die Lohnbenachteiligung zwischen den einzelnen Altersgruppen verringert.
- Durch die höhere Transparenz können potenzielle Bewerber*innen auf einen Blick ermitteln, ob eine Stellenausschreibung für sie interessant ist.
- Enttabuisierung des Themas Austausch von Lohn- und Gehaltsinformationen zwischen den Arbeitnehmer*innen.

Antragsbereich A/ Antrag 3

*Kennnummer 11410
Kreisverb.Schwäbisch Hall
Empfänger:
Bundesparteitag*

Einführung einer Quote von Zeitarbeitnehmern in den Unternehmen

Einführung einer Quote von Zeitarbeitnehmern in den Unternehmen

Der Kreisparteitag beantragt die Einführung einer Höchstquote von Zeitarbeitnehmern in Unternehmen von maximal 10 % der Gesamtzahl der Beschäftigten. Erledigt durch Regierungsprogramm zur Bundestagswahl

5 Ausnahmegenehmigungen bei Saisonbetrieben müssen bei der Agentur für Arbeit beantragt werden.

Weitere Forderungen:

10 Senkung der Befristungen von Zeitarbeitnehmern auf max. 12 Monate.

Durchführung und Überwachung

15 Wenn ein Unternehmen Kurzarbeit beantragen muss, ist die Agentur für Arbeit zuständig und das Unternehmen muss bei der zuständigen Dienststelle der Agentur für Arbeit Kurzarbeit anzeigen. Will ein Unternehmen nun mehr als die geforderten 10 % Zeitarbeiter bei wirklichen Auftragsspitzen einstellen, muss die Firma dies in ähnlicher Form wie bei der Kurzarbeit beantragen.

20 Diese Regelung soll auch für Tochterfirmen oder eigens für die Auslagerung gegründete Dienstleistungsfirmen u.ä. gelten.

Begründung:

25 In unserer Region gibt es mittelständische Betriebe und auch Großbetriebe von über 1000 Arbeitnehmern, die nicht nur saisonal sondern zum Teil auch auf Dauer ihre laufende Fertigung und Verwaltung mit bis zu 50 % der Beschäftigten mit Mitarbeitern der Zeitarbeitsunternehmen abdecken. Dies kann nicht Sinn und Zweck von Leiharbeit sein und gehört entsprechend reguliert. Zwei Zeitarbeitsfirmen gehören im Landkreis Schwäbisch Hall zu den zahlenmäßig zehn größten Unternehmen mit jeweils weit über
30 eintausend Mitarbeitern. Der Kreis Schwäbisch Hall ist von Zeitarbeitsfirmen weit überproportional überflutet. Über zwanzig Personaldienstleister mit ihren Niederlassungen oder gar mit ihrem Hauptsitz bedienen die Unternehmen mit ihren Zeitarbeitnehmern.

35 Dies drückt sich zwar in entsprechend guten Gewerbesteuereinnahmen aus, aber sowohl das Bruttoeinkommen pro Kopf als auch das verfügbare Nettoeinkommen insbesondere der Crailsheimer Bevölkerung findet sich am Ende der Tabelle vergleichbarer Städte in Baden-Württemberg wieder.

40 Man schätzt die Quote derer, die bei einem Zeitarbeitsunternehmen in unserem Raum beschäftigt sind auf annähernd 10 %. Der Bundesdurchschnitt liegt bei ca. 2,4%, also nur bei einem Viertel dessen.

Die gute gesamtwirtschaftliche Situation lässt es zu, dass diese Beschränkung der Beschäftigung in Deutschland allgemein Gültigkeit erlangen kann.

Kennnummer 11412
Kreisverband Stuttgart
Empfänger:
Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Gerechtigkeit für die Beschäftigten der Dienstleistungsbranche

**Gerechtigkeit für die
Beschäftigten der
Dienstleistungsbranche**

Das Lohnfortzahlungsgesetz ist dahingehend zu ändern, dass wechselnde freie Annahme
Tage für Beschäftigte der Dienstleistungsbranche nicht durch gesetzliche
Feiertage abgegolten werden dürfen.

5 **Begründung:**

Für die meisten Beschäftigten in Deutschland umfasst die regelmäßige Arbeitszeit
in der Woche die Tage von Montag bis Freitag. Der Samstag ist in der Regel ein
arbeitsfreier Tag.

10

Jedoch gibt es viele Branchen, in denen der Samstag kein freier Tag ist, sondern
Arbeitstag. In der Regel erhalten die Mitarbeiter dieser Branchen dafür in der
Woche einen anderen freien Tag. Ist jedoch in der Woche ein Feiertag, ist es mit
der momentan geltenden rechtlichen Regelung möglich, diesen freien Tag auf den
Feiertag zu legen. Dies ist ungerecht und muss geändert werden.

15

Beispiel:

Kollege A arbeitet in im Einzelhandel, arbeitet also meist auch am Samstag. Er hat
dafür an einem wechselnden Wochentag frei. Gib es nun in einer Woche einen
Feiertag, so zählt dieser Feiertag als sein freier Tag. Kollege B arbeitet in der
Verwaltung, in dem am Samstag nicht gearbeitet wird. Gibt es unter der Woche
einen Feiertag, so hat er in dieser Woche am Samstag und am Feiertag frei.

20

**Tarifvertragssystem stärken – Allgemeinverbindlicherklärung (AVE)
weiter erleichtern**

**Tarifvertragssystem stärken –
Allgemeinverbindlicherklärung (AVE)
weiter erleichtern**

Um das Tarifvertragssystem zu stärken, bedarf es der weiteren Überweisung an die Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen Bundestagsfraktion nach dem Tarifvertragsgesetz in folgenden Punkten:

- 5
1. Anträge sollen auch von nur einer Tarifpartei in den Tarifausschuss eingebracht werden dürfen, die dann der Zustimmung des Tarifausschusses, also einer einfachen Mehrheit, bedürfen.
 2. Gemeinsam eingebrachte Anträge der Tarifvertragsparteien sollen nur mehrheitlich im Tarifausschuss *abgelehnt* werden können.

10

 3. Der Begriff des öffentliche Interesse muss insofern präzisiert werden, als es dann gegeben ist, wenn die AVE
 1. zur Sicherung der Funktion der Tarifautonomie und des Tarifvertragssystems,
 2. zur Erreichung und Durchsetzung angemessener Entgelt- und Arbeitsbedingungen,

15

 3. für die Sicherung und den Erhalt gemeinsamer Einrichtungen in ihrer sozialpolitischen Funktion,
 4. als Mittel zur Sicherung sozialer Standards und
 5. zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen
- 20
- geeignet ist.

Begründung:

- 25
- Bereits mit Verabschiedung des Tarifautonomiestärkungsgesetzes im August 2014 ist nicht mehr erforderlich, dass die tarifgebundenen Arbeitgeber mindestens 50 Prozent der unter den Geltungsbereich des Tarifvertrags fallenden Arbeitnehmer beschäftigen.
- 30
- Eine Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) ist nunmehr schon dann möglich, wenn sie allein im öffentlichen Interesse liegt. Die Formulierung im Gesetz „*erscheint* in der Regel im öffentlichen Interesse *geboten*, wenn
1. der Tarifvertrag in seinem Geltungsbereich für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen überwiegende Bedeutung erlangt hat oder
 2. die Absicherung der Wirksamkeit der tarifvertraglichen Normsetzung gegen die Folgen wirtschaftlicher Fehlentwicklung eine Allgemeinverbindlicherklärung verlangt.“
- 35

40 sollte inhaltlich entsprechend (3) erweitert werden.

Allerdings hat die Veränderung des
Tarifautonomiestärkungsgesetzes im August 2014 zu keiner
Zunahme der AVE geführt, da nach wie vor die Zustimmung der
45 Arbeitgeber im paritätisch 3:3-besetzten Tarifausschuss notwendig
ist.

Die vorgeschlagene Änderung (2) würde eine Blockadehaltung der
Arbeitgeberbank im Tarifausschuss in den Fällen verhindern, in
denen sich die Tarifparteien bereits auf eine AVE des Tarifvertrags
50 geeinigt hatten.

Außen- und Entwicklungspolitik

Antragsbereich AE/Antrag 1

*Kennnummer 11403
Kreisverband Freiburg
Empfänger:
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktion*

Faire Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika

Faire Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika

Deutschland und Baden-Württemberg setzen im Zuge einer neuen, solidarischen und ergebnisorientierten Afrika-Politik klare Zeichen:

Überweisung an das Forum "Eine Welt" als Material für einen Antrag an den nächsten ordentlichen Parteitag

- 5 1. Einheimische und ausländische Unternehmer*innen, die Produktionsbetriebe in Afrika errichten, werden fachlich und finanziell gefördert
2. eine bedarfsbezogene praktische berufliche Bildung für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung wird eingerichtet und unterstützt
- 10 3. finanzielle Unterstützung wird nur an zuverlässige Organisationen vor Ort geleistet, die afrikanische Eigeninitiative fördern und keine Korruption dulden
4. der Aufbau eines panafrikanischen Binnenmarktes wird unterstützt und regionale Wirtschaftsgemeinschaften wie die

15 ECOWAS werden umfassend fachlich, politisch und
gegebenenfalls in moderatem Rahmen finanziell zum
Vorantreiben der binnenwirtschaftlichen Integration der
Staaten Afrikas gefördert.

20 5. Die EU setzt auf eine Handelspolitik, welche afrikanischen
Produkten den Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu
fairen Bedingungen erleichtert

25 Die EU fördert eine nachhaltige Industrialisierung in afrikanischen
Schwellenländern, welche dem Leitbild Massenproduktion für
Massenkonsum folgt.

Begründung:

30 Afrika ist unser Nachbarkontinent. Afrika ist seit Jahrzehnten
humanitären Katastrophen durch Hunger und Gewalt ausgesetzt, es
kann trotz reicher Bodenschätze und junger Erwerbsbevölkerung keine
wirtschaftliche Kraft entfalten und es zerfällt in Einflussgebiete von
privater Gewalt bei zerfallender Staatlichkeit. Millionen von Afrikanern
suchen ihr Heil in der beschwerlichen und oft tödlichen Flucht nach
35 Europa und sie werden dabei von verbrecherischen Organisationen
begleitet. Trotz unserer Abschottung steigt der Druck. Noch mehr
Millionen bleiben aber zurück und vergrößern die Abhängigkeit.

40 Seit einem halben Jahrhundert werden afrikanische Regierungen mit
Mitteln aus der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt. Diese
Hilfen haben nicht dazu geführt, dass sich die Länder Afrikas
wirtschaftlich entwickeln konnten, sondern haben sie abhängig
gemacht. Es ist zu erwarten, dass zusätzliche Gelder in falsche Kanäle
fließen und der Flüchtlingsstrom auch in Zukunft anhält.

45 Trotz privilegierter Handelsbedingungen gibt es auf dem Weltmarkt
kaum produzierte Güter aus Afrika südlich der Sahara. Eine
selbsttragende Entwicklung Afrikas wird nach wie vor verhindert.

50 Deshalb muss viel stärker in die Hilfe zur Selbsthilfe investiert werden.
Und es muss gezielte Investition vor freiem Spiel der Kräfte gelten.
Afrika ist kein Kontinent für die Theoretiker des freien Marktes. Wir
brauchen einen ‚Marshall-Plan für Afrika‘. Er ist das Interesse Baden-
Württemberg, Deutschlands und Europas.

55 Die bisher bekannt gewordenen Elemente eines solchen Planes sind
reaktiv und abwehrend. Dies wird nur Diktatoren unterstützen und
Fluchtbewegungen nicht eindämmen. Nur wenn wir ‚endogenes
Wachstum‘, also Wachstum in den Ländern aus sich heraus anstoßen
60 und damit selbstbewusste Arbeitnehmer und kleine Selbständige
ermöglichen, wird die materielle Basis für einen sich emanzipierenden
Kontinent geschaffen sein.

Antragsbereich AE/ Antrag 2

Kennnummer 11421
Ortsverein FR-Wiehre-Vauban
(Kreisverband Freiburg)

NATO-Russland-Antrag

NATO-Russland-Antrag

Wir rufen die Bundesregierung dazu auf, die Strategien und Handlungen der NATO - Überweisung an die
ungeachtet der angespannten Lage - stets auf ihre Eignung für den Friedensprozess zu Bundestagsfraktion
überprüfen. Es gilt, einen selbstkritischen Diskurs in das Bündnis zu tragen, der die
Mitverantwortung der Bündnispartner für das europäische Friedensprojekt, wie es 1989
5 angestoßen worden ist, wachhält. Es gilt, einem blinden Eskalationsmechanismus im
gegenwärtigen Ost-West-Konflikt Einhalt zu gebieten, bevor er außer Kontrolle gerät.

Bildung

Antragsbereich B/ Antrag 1

Kennnummer 11398

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Endlich eine faire Notenbewertung im Sportunterricht

Endlich eine faire Notenbewertung im Sportunterricht

Wir fordern eine grundlegende Änderung der Kriterien zur Notengebung im Unterrichtsfach Annahme
Sport an weiterführenden Schulen in Baden-Württembergs. Dies betrifft vor allem Sportarten,
welche nicht ohne die Zugehörigkeit zu einer Sportvereinigung problemlos von jedem einzelnen
Schüler bzw. jeder einzelnen Schülerin trainiert werden können. Dazu gehören beispielsweise
5 Kugelstoßen, Speerwerfen, Weitsprung, Hochsprung oder diverse Mannschaftssportarten.

In diesen Sportdisziplinen sollten die momentan angewendeten Notentabellen zur
Leistungsbewertung, deutlich entschärft werden und zudem der Wille zur Leistung stärker bei
der Notengebung einbezogen werden. Zusätzlich sollte jedem*jeder Schüler*in die Wahl gelassen
10 werden sich im Sportunterricht benoten zu lassen.

Also weg von utopischen Maßstäben, hin zu einem Bewertungssystem, welchem der Wille zur
Leistung und realistische Leistungsziele zu Grunde liegen!

Antragsbereich B/ Antrag 2

*Kennnummer 11408
Kreisverband Ostalb
Empfänger:
SPD-Landtagsfraktion*

Förderung der politischen Bildung

Förderung der politischen Bildung

Für eine wehrhafte und lebendige Demokratie sind politisch gebildete Bürger essentiell. Wir Annahme fordern deshalb mehr Unterrichtszeit für das Fach Gemeinschaftskunde.

5 Ein großer Teil des Unterrichts wird fachfremd erbracht, wir brauchen qualifizierte, für das Unterrichtsfach ausgebildete, Lehrkräfte. Um den Bedarf dieser feststellen zu können, benötigen wir verlässliche Zahlen über den fachfremd erbrachten Unterricht.

10 Die ersten Weichen, für das weitere Leben, werden in der Grundschule gestellt. Wir brauchen Fortbildungen für Grundschullehrkräfte. Durch diese sind sie in der Lage bereits im Kindesalter eine Bildung zu Demokratie und Grundrechten zu ermöglichen.

Integration

Antragsbereich I/ Antrag 1

*Kennnummer 11406
Kreisverband Karlsruhe Land*

Sprache und Ausbildung ist Integration

Sprache und Ausbildung ist Integration

Über alle Partei- und weltanschaulichen Grenzen hinweg gilt der Grundsatz:

Annahme

Sprache ist der Schlüssel zur Integration

5 Doch was macht die Landesregierung In den Berufsschulen wurden die Wochenstunden in diesem Schuljahr für Geflüchtete und Zugewanderte ohne Deutschkenntnisse von 30 auf 20 Schulstunden reduziert. Kann man junge Menschen, die meisten lern- und wissbegierig, mehr

10 demotivieren? Statt kostbare Bildungszeit zu nutzen werden vielfältige Ressourcen verschwendet.

15 Stunden entfallen auf das Fach Deutsch, d.h. für Mathematik, Englisch, Orientierung in die Gesellschaft verbleiben nur 5 Wochenstunden!

15 Wie können Jugendliche so die Ausbildungsreife erreichen? Viele von ihnen haben keine abgeschlossene Schulbildung, mangelhafte Mathematikkenntnisse und kennen unsere Kultur nicht. Selbst beim alten Stundenumfang waren 2-4 Jahre bis zur Erlangung des Hauptschulabschlusses erforderlich. Die meisten sind beim Abschluss junge Erwachsene. Die Landesregierung reduziert jedoch nicht nur den Unterricht, sondern senkt auch die Altersgrenze von 21 auf 19 Jahre. Es besteht die akute Gefahr, dass wir ein Prekariat und nicht Fachkräfte „ausbilden“.

20 Der Parteitag beschließt deshalb und fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, sich nachdrücklich für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- 25
- Rücknahme der Stundenkürzungen in den VABO (Vorbereitung Arbeit und Beruf, das O steht für „ohne Deutschkenntnisse“)- Klassen.
 - Wiedereinführung eines zweijährigen Vollzeitmodells wie es bereits 2004/05 bis 30 2009/10 existierte. Dies verbessert und beschleunigt nicht nur die berufliche Vorqualifikation, sondern dient auch dem Aufbau einer stabilisierenden Tagesstruktur. Dies ist vor allem für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA) von großer Bedeutung.
 - Erhöhung der Altersgrenze auf 23 Jahre.
 - Erstellung eines jährlichen Berichts über den Bereich: Übergang Schule Beruf.
 - Die SPD –Landtagsfraktion berichtet dem SPD-Landesvorstand und dem Antragssteller (Kreisverband Karlsruhe-Land) über die eingeleiteten Maßnahmen.
- 35

Antragsbereich 1/ Antrag 2

Kennnummer 11423

SGK Baden-Württemberg

Empfänger:

Bundesparteitag

Kriterienkatalog zur individuellen Beurteilung der Integration

Kriterienkatalog zur individuellen Beurteilung der Integration

Wir fordern eine Anhörung der zuständigen Ausländerbehörde, wenn es um die Empfehlung erfolgt
Abschiebung von geflüchteten Menschen geht. Diese Anhörung soll dem Umstand mündlich
Rechnung tragen, dass oftmals gut integrierte Menschen abgeschoben werden, weil die
formale behördliche Prüfung das korrekterweise ergeben hat. Aktuelles Beispiel sind

5 viele Abschiebungen nach Afghanistan, aber auch Menschen, die aus anderen Ländern kommen, sind. Im Vorfeld sind entsprechende Bewertungen der Freundeskreise Asyl, Orts- und Kreisgremien oder Kirchen einzubeziehen.

Begründung:

10 Damit die Integration geflüchteter Menschen in Deutschland eine Erfolgsgeschichte für alle wird, wäre es wichtig, dass es neben den „harten“ Kriterien der Behörden und des BAMF zusätzliche „weiche“ Maßstäbe bei der Entscheidung hinzugezogen werden, ob eine Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder eine Duldung erfolgt.

15 Dazu ist eine Liste oder ein Katalog nützlich, mit dem sich die bisherige Integrationsgeschichte von geflüchteten Menschen abbildet (und auch vergleichen) ließe. Diese Kriterien sollen in enger Zusammenarbeit mit jenen Menschen entwickelt werden, die sich tagtäglich mit Geflüchteten auseinandersetzen.

20 Im Mittelpunkt einer solchen Liste könnten soziale, kulturelle, sprachliche und wirtschaftliche Aspekte eine Rolle spielen. Punkte wie geknüpfte soziale Kontakte, Stand des Sprachniveaus, gesellschaftliches Engagement, Berichte von Kolleginnen und Kollegen, sowie Lehrerinnen und Lehrern sollten miteinbezogen werden, aber auch die Selbsteinschätzung der Menschen sollte erfragt werden. Gleichzeitig sollten die oben genannten Personenkreise auch die Einschätzung der geflüchteten Menschen gemäß dem zu entwickelnden Kriterienkatalog vornehmen. Das Ergebnis soll als Entscheidungshilfe im Asylverfahren herangezogen werden.

30 Somit würden die Bewertungen, die die Härtefallkommissionen oft im Nachhinein vornehmen, bereits im Asylverfahren stattfinden. Gerichte und Behörde würden so zumindest teilweise entlastet.

35 Bei der Erstellung und Anwendung eines solchen Katalogs muss darauf geachtet werden, dass sich dadurch keine Nachteile für Menschen ergeben, deren Integration aus bestimmten Gründen schwierig verläuft. So kann einer traumatisierten Person nicht zu Lasten gelegt werden, dass sie nur wenige bis gar keine sozialen Kontakte in ihrem Umfeld aufbauen konnte. Es soll keinesfalls ein Integrations-Wettbewerb entstehen, bei dem die Schwachen und Kranken den Kürzeren ziehen.

40 Hinweis: Seit 2015 gibt es eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für Geduldete (§ 25b AufenthG). Die Neuregelung sah vor, dass langjährig geduldete Erwachsene (8 Jahre, 6 Jahre mit Kindern), die gut deutsch sprechen, ihren Lebensunterhalt selbst sichern können und nicht straffällig geworden sind, einen Aufenthaltstitel erhalten. Haben sie minderjährige Kinder, gilt eine Frist von sechs Jahren. Für Jugendliche wurde die Frist auf vier Jahre herabgesetzt. Voraussetzung hierfür ist eine „nachhaltige Integration“. Die im genannten § 25b vom Gesetzgeber erlassenen Bedingungen könnten die Grundlage für den hier geforderten Kriterienkatalog bilden.

50

Innen und Recht

Antragsbereich IR/ **Antrag 1**

Kennnummer 11396

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU Angehörige

Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU Angehörige

Wir fordern, ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU Angehörige. Die Menschen habe ein Recht darauf, auch über die Belange in ihren Dörfern, Städten und Landkreisen mitbestimmen zu dürfen! Wir wollen, dass die hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer bei Wahlen zur kommunalen Selbstverwaltung in Kreisen, Städten und Gemeinden wahlberechtigt und wählbar sind. Die Regelungen sollen sich dabei an den Vorgaben für Unionsbürgerinnen und -bürger orientieren.

5

Erledigt durch Beschlusslage

Antragsbereich IR/ **Antrag 2**

Kennnummer 11417

*Ortsverein Gerlingen
(Kreisverband Ludwigsburg)*

*Empfänger:
Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landesgruppe*

Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Die SPD Baden-Württemberg fordert die sofortige Einstellung von Abschiebungen nach Afghanistan, bis eine Kommission unter Federführung des Außenministeriums die Gefahren für Leib und Leben im derzeitigen Kriegsgebiet Afghanistan als unerheblich einschätzt. An dieser Kommission sind Organisationen zu beteiligen, die nicht Teil der Kriegsparteien sind, z.B. soziale, menschenrechtliche oder entwicklungspolitische NGO's.

5

Erledigt durch Regierungsprogramm zur Bundestagswahl

Antragsbereich IR/ Antrag 3

*Kennnummer 11426
Ortsverein Tamm
(Kreisverband Ludwigsburg)*

Antrag zu Abschiebungen nach Afghanistan

**Antrag zu
Abschiebungen nach
Afghanistan**

Die SPD ist für die sofortige Einstellung von Abschiebungen nach Afghanistan mit Ausnahme von kriminell gewordenen und als 'Gefährdern' eingestuften Asylbewerbern.

Erledigt durch
Entscheidung der
Bundesregierung

5 **Begründung:**

Die Einstufung von Teilen von Afghanistan als sicheres Herkunftsland bzw. die Deklaration von Teilen von Afghanistan als sichere Zonen ist offenkundig falsch, rein politisch motiviert und zutiefst menschenverachtend. Dies zeigt sich regelmäßig in verheerenden Anschlägen in angeblich sicheren Regionen dieses seit 40 Jahren vom Bürgerkrieg überzogenen Staates.

Antragsbereich IR/ Antrag 4

*Kennnummer 11409
Kreisverband Ostalb
Empfänger:
SPD-Landtagsfraktion*

Polizeireform

Polizeireform

„Die SPD im Ostalbkreis steht weiterhin zur grün-roten Polizeireform 2012. Wir fordern die Landesregierung und die örtlichen CDU-Abgeordneten auf keine grundsätzlichen Änderungen vorzunehmen, sondern auf Grundlage der 2012 geschaffenen Strukturen nach weiteren Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen. Eine politische Evaluierung, wie sie derzeit durch die Landesregierung durchgeführt wird, lehnen wir ab. Gleichzeitig fordern wir eine stärkere Einbindung von wissenschaftlicher Expertise und VertreterInnen der Polizeibelegschaft.

Überweisung an die
Landtagsfraktion

5 Eine Konzentrierung, Spezialisierung und damit Effizienzsteigerung wie durch die Polizeireform beabsichtigt, ist aus unserer Sicht nach wie vor das richtige Mittel zur Steigerung der Polizeipräsenz in der Fläche bei gleichzeitigem Erhalt von Fachkompetenz.

15 Dazu gehört auch an den Standortentscheidungen der Polizeireform festzuhalten. Die SPD im Ostalbkreis steht zum Sitz des Polizeipräsidiums in Aalen mit Führungs- und Lagezentrum. Die SPD warnt davor, hieraus eine kommunalpolitische Standortdiskussion zu machen. Die fachlich motivierte Standortentscheidung muss vielmehr durch einen zügigen Neubau zementiert werden.“

Antragsbereich IR/ Antrag 5

Kennummer 11394

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Abschaffung der FSK Feiertagszensur

Abschaffung der FSK Feiertagszensur

5 Neben den Altersfreigaben entscheidet die FSK auch über die Eignung von Filmen für die Vorführung an Feiertagen. Nach dem Grundgesetzes (Art. 140) sind Sonntage und christliche Feiertage gesetzlich geschützt. Besonderen Rechtsschutz genießen "stille Feiertage" wie Karfreitag, Allerheiligen, Buß- und Betttag, Volkstrauertag und Totensonntag. Annahme

10 Insgesamt befinden sich 765 Filme auf dem Feiertagsverbots-Index der FSK und dürfen an den „stillen Feiertagen“ nicht im Fernsehen oder Kino gezeigt werden. Der Grund hierfür ist, dass die FSK die mehr als 700 Filme nicht zur Vorführung an diesen Tagen freigegeben hat.

15 Damit ein Film für die stillen Feiertage freigegeben wird, muss der Rechteinhaber des Films eigens einen kostenpflichtigen Prüfantrag bei der FSK stellen. Daraus folgt, dass jeder Film, der nicht zu kostenpflichtigen Prüfung bei der FSK eingereicht wird, automatisch auf den Index gesetzt wird.

20 Aufgrund des mehr als fragwürdigen, willkürlichen und widersprüchlichen Verfahrens fordern die Jusos Baden-Württemberg die konsequente Abschaffung des Verbots von Filmen an bestimmten Feiertagen, zu denen beispielsweise „Das Leben des Brian“, „Die Brüder Löwenherz“, "Lotta zieht um", „Heidi in den Bergen“ und „Die Feuerzangenbowle“ gehören. Dadurch würden auch die Kosten für den zurzeit noch notwendigen Antrag entfallen.

25 Wie betonen, dass wir für eine vielfältige und offene Gesellschaft eintreten.

Kommunalpolitik

Antragsbereich K/ **Antrag 1**

Kennnummer 11422

SGK Baden-Württemberg

Empfänger:

SPD-Landtagsfraktion

Interkommunale Zusammenarbeit stärken – Anreize schaffen

**Interkommunale
Zusammenarbeit stärken –
Anreize schaffen**

5 Der Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung sieht die Einführung eines Annahme „Demografiebonus“ vor, der Kommunen mit stark rückläufiger Bevölkerungszahl bis zu zehn Jahren höhere Schlüsselzuweisungen aus den kommunalen Finanzausgleichssystemen garantieren soll. Ebenso soll für die Verteilung der Finanzausgleichsmasse neben der Bemessungsgrundlage aus Steuerkraft und Einwohnerzahl auch ein Flächenfaktor für die Verteilung der Finanzausgleichsmasse A eingeführt werden.

10 Gleichzeitig stehen schrumpfenden Kommunen wachsende Kommunen gegenüber, oftmals sogar in unmittelbarer Nachbarschaft. Die Interessen schrumpfender Gemeinden, in der die Infrastruktur nicht in gleichem Maße zurückgeführt werden kann, wie die Bevölkerung zurückgeht, stehen denen wachsender Gemeinden gegenüber, in denen zusätzliche Infrastruktur nötig ist.

15 Die Einführung eines gesonderten Demografiebonus‘ zu Lasten aller anderen Kommunen ohne gleichzeitig die Schaffung dauerhaft leistungsfähiger Kommunalstrukturen lehnen wir ab. Sinnvoller wäre es, einen materiellen Anreiz zur interkommunalen Aufgabenerledigung zu schaffen, anstelle schrumpfende Gemeinden im Rahmen einer Finanzmassenumverteilung zu alimentieren. Instrumente zur Stärkung interkommunaler Zusammenarbeit gehen vor.

Antragsbereich K/ **Antrag 2**

Kennnummer 11424

SGK Baden-Württemberg

Empfänger:

Bundesparteitag

Rechtsanspruch auf Breitbandzugang als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge

**Rechtsanspruch auf
Breitbandzugang als Teil
der kommunalen
Daseinsvorsorge**

In den vergangenen Jahren wurde Dank sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung Annahme der Rechtsanspruch auf die Betreuung für Kinder unter drei Jahren gesetzlich verankert. Dies hat einen schnellen Anstieg an U3-Betreuungsplätzen ausgelöst, der allein durch Nachfrage nicht entstanden wäre. Diesen Effekt wollen wir auch beim Ausbau der

5 Breitbandversorgung nutzen. Daher fordern wir die Verankerung eines Rechtsanspruchs für den Zugang zur Breitbandversorgung mit mindestens 100 Mbit.

Die Breitbandversorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft ist eine zentrale Wettbewerbsvoraussetzung der Arbeitswelt der Zukunft und dient der Kommunikation zwischen den Menschen. Daher wollen wir über diesen Rechtsanspruch auch die Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raums verbessern und einen Ausgleich zwischen Verdichtungsräumen und ländlichen Räumen schaffen.

10
15 Dabei sehen wir auch die Kommunen in der Pflicht. Der flächendeckende Ausbau der Breitbandversorgung gehört unserer Überzeugung nach zur kommunalen Daseinsvorsorge und soll in den Aufgabenkatalog der Gemeinden aufgenommen werden. Zur Durchsetzung erhält die Gemeinde ein Satzungsrecht in Anlehnung an die Nahwärmeversorgung und sichert über den Anschlusszwang eine effiziente und kostengünstige Infrastruktur. Zudem können dadurch zur Sicherung der volkswirtschaftlichen Effizienz Parallelnetze vermieden werden.

Hinsichtlich der operativen Aufgabenerledigung kann sich die Gemeinde privater Dritter bedienen (Konzessionierungsverfahren, Strom) oder diese in Eigenregie durchführen.

25

Antragsbereich K/Antrag 3

Kennnummer 11425

*SGK Baden-Württemberg
Empfänger:
SPD-Landtagsfraktion*

Weg von der „Töpfleswirtschaft“ – kommunale Selbstverwaltung stärken!

**Weg von der
„Töpfleswirtschaft“ –
kommunale
Selbstverwaltung stärken!**

5 Ziel des politischen Handelns muss sein, die Leistungsfähigkeit und Effizienz der kommunalen Ebene durch eine nachhaltige Gemeindeentwicklung zu ermöglichen. Dabei ist die Finanzkraft der Gemeinde insgesamt zu stärken. Die vermehrte Finanzierung von Einzelmaßnahmen oder das Ausweiten von Fördertöpfen schränkt die kommunale Handlungsfreiheit und Ihren Selbstverwaltungsauftrag ein.

10 Die Tendenz zur „Töpfleswirtschaft“ ist auch bei der grün-schwarzen Landesregierung zu erkennen. Sie geht zu Lasten der allgemeinen Finanzkraft der Kommunen und zu Lasten ihrer Verfügungsgewalt. Die Ausweitung der „Töpfleswirtschaft“ und die Bereitstellung einzelner Töpfe zur Bewältigung einzelner Probleme bedeuten in letzter Konsequenz mehr Vorgaben durch die Ebene, die das Geld zur Verfügung stellt, weil dies zweckgebunden geschieht und weniger Entscheidungshoheit für die Kommunen.

15 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hingegen nehmen die eigenständige Finanzausstattung der Gemeinden und ihre Stärkung in den Blick. Dazu gehört auch die

Reduzierung von Mischzuständigkeiten, da diese erfahrungsgemäß Projekte eher lähmt als befördert.

20 Wir fordern wieder mehr Zutrauen in die kommunale Selbstverwaltung. Die politischen Gremien in den Gemeinden wissen am besten, was gut für die Gemeinde ist und was benötigt wird. Allerdings benötigen sie dann auch die entsprechenden finanziellen Spielräume, die es durch den Bund und speziell durch die Länder herzustellen bzw. zu sichern gilt.

Umwelt und Verkehr

Antragsbereich UV/Antrag 1

*Kennnummer 11407
Kreisverband Ostalb*

Fahrverbote für Dieselfahrzeuge

Fahrverbote für Dieselfahrzeuge

5 Die geplante Einführung von Dieserverboten in Stuttgart ab dem 01.01.2018 stellt vor allem Geringverdiener vor ein Problem: Wer eine Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht mit seinem Arbeitsort bzw. seinen Arbeitszeiten vereinbaren kann, sieht sich vor ein Problem gestellt: zum einen wäre da der plötzliche Wertverlust des Autos. Zum anderen muss sich der Betroffene überlegen, wie er innerhalb eines dreiviertel Jahres einen Ersatz finanziert. Für den Vorstandschef vielleicht kein Problem – für einen durchschnittlichen Arbeitnehmer hingegen schon. Deshalb sollte den Diesel-Fahrern eine längere Übergangsphase bis 2020 gewährt werden, um die finanzielle Belastung kalkulierbarer zu machen.

Empfehlung erfolgt mündlich

Antragsbereich UV/Antrag 2

*Kennnummer 11411
Kreisverband Stuttgart
Empfänger:
Bundesparteitag*

Den ÖPNV nicht verhungern lassen!

Den ÖPNV nicht verhungern lassen!

5 Die SPD und ihre Mandatsträger in Bund und Land wirken darauf hin, dass das Landes-GVFG (Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) auf jeden Fall nach 2019 unabhängig von der Annahme in der Fassung der Antragskommission

10	Zukunft der Entflechtungsmittel des Bundes fortgesetzt wird.	Die SPD und ihre Mandatsträger in Bund und Land wirken darauf hin, dass das Landes-GVFG (Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) auf jeden Fall nach 2019 unabhängig von der Zukunft der Entflechtungsmittel des Bundes fortgesetzt wird.
15	Die Förderquote des Landes für Projekte von Kommunen und Kreisen muss wieder erhöht werden (derzeit 50 %). Ebenso ist eine Beteiligung des Landes an Neuinvestitionen im Schienen-Fahrzeugbereich dringend notwendig, damit ein weiterer Ausbau des ÖPNV nicht nur in der Fläche, sondern auch in den Ballungsräumen gewährleistet ist.	Die Förderquote des Landes für Projekte von Kommunen und Kreisen muss wieder erhöht werden (derzeit 50 %). Ebenso ist eine Beteiligung des Landes an Neuinvestitionen im Schienen-Fahrzeugbereich dringend notwendig, damit ein weiterer Ausbau des ÖPNV nicht nur in der Fläche, sondern auch in den Ballungsräumen gewährleistet ist.
20		

Antragsbereich UV/Antrag 3

*Kennnummer 11416
Ortsverein Stuttgart-Botnang
(Kreisverband Stuttgart)*

*Empfänger:
Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion*

Kein Outsourcing der Bundesautobahnen

Kein Outsourcing der Bundesautobahnen

5	Die Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern hat mit Beschluss vom 14. Oktober 2016 die Eckpunkte für die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 vereinbart. Als Folge davon hat die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes und den Entwurf eines Gesetzes mit den notwendigen Folgeregelungen auf einfachgesetzlicher Ebene eingebracht.	Erledigt	durch
10	Dazu gehört auch – und darum geht es hier – eine Änderung des Artikels 90 GG wonach die bisherige Auftragsverwaltung der Bundesautobahnen durch die Länder nunmehr in Bundesverwaltung geführt wird. Zwar bleibt der Bund Eigentümer der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs. Es soll sogar im GG festgeschrieben werden, dass das Eigentum unveräußerlich ist.		
15			
20	Der Bund erhält damit die alleinige Verantwortung für Planung, Bau, Betrieb, Erhaltung, Finanzierung und vermögensmäßige Verwaltung der Bundesautobahnen. Allerdings – das ist der kritische Punkt – kann er sich zur Erledigung dieser Aufgaben einer Gesellschaft privaten Rechts bedienen. Vorgesehen ist eine GmbH im Eigentum des Bundes; angedacht ist aber auch eine		
25	Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. Dadurch soll die Möglichkeit eröffnet werden, Private am Netzausbau zu beteiligen.		

30 Ein solches Outsourcing eines unverzichtbaren Teils der staatlichen Daseinsvorsorge
durch Privatisierung der Bundesautobahnen lehnen wir entschieden ab. Die an der
Gesetzgebung beteiligten Mandatsträger der SPD werden aufgefordert, bei der
Gesetzesberatung zusätzlich zu den von der SPD schon vorgebrachten Argumenten
35 gegen die Privatisierung auch die folgenden Gesichtspunkte mit einzubringen:

1. Bei der Verwaltung der Bundesautobahnen durch eine privatrechtliche
40 Gesellschaft wäre es fraglich, ob die mit der Wahrnehmung der Aufgaben
Betrauten noch Amtsträger im Sinne des Strafgesetzbuchs sind. Eine
Strafbarkeit wegen Bestechungsdelikten nach §§331 ff StGB würde dann
entfallen. Die Erfahrung lehrt, dass korruptive Verhaltensweisen bei
Auftragsvergaben durchaus nicht unüblich sind. Sie müssen aber wirksam
bekämpft und strafrechtlich effektiv sanktioniert werden können.
2. Die parlamentarische Kontrolle durch den Bundestag, insbesondere das
Frage- und Informationsrecht des Deutschen Bundestages gegenüber der
Bundesregierung muss in vollem Umfang gewährleistet sein. Das wäre aber
nicht mehr der Fall, wenn Bundesautobahnen durch eine private
Gesellschaft betrieben werden. Das zeigt die aktuelle Organklage der
Grünen-Fraktion vor dem Bundesverfassungsgericht.

Wirtschaft

Antragsbereich W/ Antrag 1

Kennnummer 11397

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Deklarierung von Produkten basierend auf Nanotechnologie

**Deklarierung von
Produkten basierend
auf Nanotechnologie**

5 Mit dem Begriff „Nano“ (gr.: nanos = Zwerg) werden Materialien oder Systeme
bezeichnet, deren Größe unter 100 nm liegen (ein Nanometer ein Milliardstel Meter).
Unter dem Begriff „Nanotechnologie“ wird das Studium sowie die Entwicklung
artifiziereller Veränderungen von herkömmlichen Stoffen auf atomarer Ebene
verstanden. Materialien dieser Größenordnung besitzen besondere Eigenschaften
vergleichen mit größeren Objekten gleicher Zusammensetzung. Das Gebiet der
Materialwissenschaften wird sich in Zukunft die neuen und verbesserten chemisch,
biologischen und physikalischen Eigenschaften zu Nutzen machen, wobei ein
Hauptaugenmerk auf dem Fakt liegt, dass Nanomaterialien eine höhere Oberfläche
10 (z.B. zur chemischen Reaktion) im Vergleich zum Volumen besitzen.

Empfehlung erfolgt
mündlich

15 Diese vielfältigen Felder und Anwendungsbereiche zeigen, dass sich diese Forschungsrichtung in den kommenden Jahren/Jahrzehnten zu einer der Schlüssel-Technologien des 21. Jahrhunderts entwickelt – mit beinahe unerschöpflichen Möglichkeiten. Neben diesen innovativen Ausblicken birgt die Nanotechnologie auch bisher nicht kalkulierte Risiken.

20 Deswegen fordern wir

25 die gesetzlich verpflichtende Kennzeichnung von modifizierten Inhaltsstoffen in Haushalts- und Industrieprodukten von Tensiden, Metalloxiden, Titandioxiden (in z.B. Kosmetika, Lacken/Farben, Reinigungstüchern, Kinderspielzeug, Tinten/Tonern etc.)

die Schaffung von Richtlinien und Grenzwerten, besonders dort wo der Nachweis der Umweltverträglichkeit durch Forschung und Studien noch nicht fundiert erbracht ist.

30 den Ausbau der Forschung um die Eigenschaften, im Hinblick auf die Verträglichkeit gegenüber der Umwelt und des Menschen, zu ergründen. Einige dieser Besonderheiten betreffen physikalische Gebiete, wie z.B. Optik und Magnetismus, aber auch chemische Bereiche, wie z.B. Reaktivität und Stoffeigenschaften.

35 die Erforschung der Risiken und Langzeitfolgen im menschlichen Körper, besonders von Tensiden, da diese eine Verweildauer von bis zu 6 Stunden im Blut aufweisen und eine signifikant höhere Aufnahme in Herz, Niere und Gehirn erfolgt.

40 Aufgrund der bisher wenig erforschten Folgen und Langzeitrisiken obliegt dem deutschen Gesetzgeber eine Verantwortung zum Schutz des Verbrauchers. Besonders da weitere modifizierte Stoffe/Partikel für den Einsatz von Nanomaterialien in Zukunft folgen werden.

45 Um diese Forschung gewährleisten zu können, sollen besonders die entsprechenden Forschungsgebiete an den Universitäten ausgebaut und gefördert werden, da Deutschland als industrieller und forschender Mitgestalter dieses neuen Gebietes auch die lukrativen Anwendungsgebiete der Nanoforschung im Blick haben sollte. Besonders
50 in Bereichen der Erhöhung der Energiespeicherung von Batterien durch nanostrukturiertes Elektrodenmaterial, die Erhöhung der Widerstandskraft von Rotorblättern von Windkraftanlagen durch Kohlenstoff-Nanoröhren sowie dem Einsatz von Nanokristallen in Dünnschichtsolarzellen zur Steigerung des Wirkungsgrads, kann Nanotechnologie als Technologie der Zukunft dienen und bietet ein breite Spektrum an
55 Möglichkeiten, die Energieversorgung effizient auszubauen. Darüber hinaus werden innerhalb der Krebstherapie bereits magnetische Nano-Metallpartikel eingesetzt um gezielt das Tumorgewebe durch Schwingung zu erhitzen und so abzutöten.

Wohnen

Antragsbereich Wo/**Antrag 1**

Kennnummer 11401

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Wohnraum – woher nehmen, wenn nicht stehlen

Wohnraum – woher nehmen, wenn nicht stehlen

5 Angesichts des Mangels an bezahlbaren Mietwohnungen ist es dringend notwendig, neuen Wohnraum zu schaffen. Zwar gibt es einen beträchtlichen Wohnungsleerstand. Da wir aber jedem Menschen grundsätzlich das Recht zugestehen wollen, seinen Wohnort selber zu wählen, muss vor allem in Gebieten mit angespanntem Mietwohnungsmarkt der Mangel an Mietwohnraum auf allen Ebenen eingedämmt werden. Erledigt durch Beschlusslage

Mit Flächenmangel umgehen

10 Insbesondere in vielen Städten sind bezahlbare Mietwohnungen knapp. Hier ist häufig der Mangel an bebaubaren Flächen ein noch größeres Problem als die fehlende Finanzierung. Ziel muss es also sein, vorhandene Flächen effizient zu nutzen und preisgünstigen Wohnraum als preiswerten Wohnraum zu erhalten. Um neuen Raum zu schaffen, der für Mietwohnungen genutzt werden kann, sind kreative Lösungen unabdingbar!

15 Tote Flächen wie Straßen und Parkplätze könnten genutzt werden und auch auf Dächern von Häusern ist oft Platz vorhanden. Bei aller Nachverdichtung muss jedoch auf das Vorhandensein von Naherholungsbereichen geachtet werden. Um festzustellen, wo hier weitere Potentiale zur Schaffung von günstigem Wohnraum sind, fordern wir die SPD-Fraktionen im Land- und Bundestag dazu auf

20 • sich für die Schaffung eines Fördertopfes zur Unterstützung von Projekten für unkonventionellen Wohnraum einzusetzen. Das bereitgestellte Geld soll insbesondere genutzt zu werden, um fest zu stellen oder zu forschen:

25 • wo und wie durch das Überbauen von Straßen weiterer Wohnraum geschaffen werden kann. Eine solche Nachverdichtung muss mit dem Ausbau von Verkehrswegen, insbesondere dem ÖPNV, einhergehen

30 • wo und wie durch das Bebauen von Hausdächern weiterer Mietwohnungsraum oder Naherholungsflächen entstehen können" (so genanntes „Topping“)

35 Ferner ist die Regelung, dass für jede Wohneinheit eine bestimmte Zahl von Parkplätzen vorhanden sein muss, aus unserer Sicht gerade in Großstädten überholt. Die Kommunen sollten die Freiheiten nutzen, die sie durch erneuerte Landesbauordnungen erhalten haben und den Stellplatzschlüssel mit Zielrichtung auf kostengünstigeres Bauen so niedrig wie möglich ansetzen. Um Flächen zu sparen, sollten vermehrt Konzepte für Quartiersgaragen umgesetzt werden. Ebenfalls mindern wollen wir ineffiziente Flächennutzungen. In vielen Städten wachsen Gewerbe- und Wohngebiete

40 zusammen. Flächen, die vormals als Gewerbegebiet genutzt wurden, könnten so zu attraktiven Wohnlagen werden, wenn sie nicht schon gewerblich bebaut wären. In den Kommunen

- soll geprüft werden, wo durch die Umwandlung von Gewerbe- in Wohn- oder Mischgebiete Flächen für den Wohnungsbau gewonnen werden können

45 • sollen gegebenenfalls entsprechende Flächen erworben oder ein Nutzungsrecht erlangt werden. Hier können beispielsweise Parkhäuser statt Parkplätzen gebaut werden, wobei das Land ein Parkhaus finanzieren und im Gegenzug die Kommune das Nutzungsrecht für gewonnene Flächen erhalten kann

50 • sollen vorhandene Flächennutzungspläne überprüft und gegebenenfalls an neue Gegebenheiten angepasst werden

55 Egal wie der vorhandene Platz in Städten genutzt wird – in jedem Fall ist er endlich. So lange es einen akuten Mangel an gefördertem Mietwohnraum gibt, muss die Eindämmung dieses Mangels bei der Bebauung von Flächen oberste Priorität haben. Für die kommunale Ebene fordern wir deswegen, dass

Attraktive Rahmenbedingungen für den Umzug in kleinere Wohnungen schaffen

60 Viele Wohnungen in deutschen Städten werden, gemessen an ihrer Kapazität, nicht effizient bewohnt. Durch demografische Effekte werden große Wohnungen, die lange Zeit als Heimat für Familien genutzt wurden, nach einigen Jahren oft nur noch von Einzelpersonen genutzt.

65 Wenn in einer familieneigneten Wohnung durch den Wegzug von Kindern oder den Tod eines Menschen eine Wohnung untergenutzt ist, so ist den Hinterbliebenen daraus kein Vorwurf zu machen. Es soll natürlich niemand aus seiner Wohnung oder gar seinem Umfeld verdrängt werden! Es ist aber denkbar, dass viele Menschen bereit wären, eine große Wohnung zu Gunsten einer geeigneten kleineren aufzugeben. Voraussetzung ist hier das Vorhandensein geeigneter Wohnungen im gleichen Quartier. Insbesondere hinderlich ist oft, dass für eine kleinere, geeignete Wohnung eine genauso hohe oder gar höhere Miete fällig würde. Um dem Abhilfe zu schaffen, fordern wir

75 • vorhandene Flächen so zu nutzen, dass der Wohnungsbedarf dem Quartier angepasst ist. Quartiere müssen so entwickelt werden, dass Wohneinheiten für alle Lebensphasen vorhanden sind! • Eine Strategie zu entwickeln, die den Wohnungstausch ohne Mietpreiserhöhung ermöglicht

80 Um letzteres zu ermöglichen, ist insbesondere ein Programm zur Förderung von freiwilligen Umzügen zu erarbeiten. Auch ein Recht auf den Tausch von Mietverträgen soll geprüft und falls möglich etabliert werden.

Wohnen und Verkehr vernetzt denken

85 Eng miteinander zusammen hängen für uns die Themen Wohnen und öffentlicher Personenverkehr. Während in Ballungsräumen günstiger Wohnraum selten geworden ist, ist in deren Peripherie die Lage oft besser. Hinderlich ist hier oft die schlechte Anbindung an den öffentlichen Personenverkehr. Doch eine Verbesserte Anbindung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zusammenarbeit der betroffenen Kommunen noch enger werden muss. Um einerseits die Infrastruktur von Peripheriegemeinden zu verbessern und andererseits den Mietwohnungsmarkt in Städten zu entlasten und die Zusammenarbeit der Kommunen zu fördern,

90

- fordern wir die Landtagsfraktion dazu auf, die Förderung des ÖPNV (und Radverkehr) durch das Land an die Kommunen zu erhöhen

95

- fordern wir die Entwicklung von Metropolregionen, in denen der Wandel des regionalen Wohnungsmarktes gemeinsam diskutiert und koordiniert werden kann.

Durchsetzen der Mietpreisbremse

100

Damit die Mietpreisbremse greift, kann es nötig sein konsequent Mietverträge zu überprüfen und gegebenenfalls Verstöße zu ahnden. Leider haben insbesondere Menschen, die auf preisgünstigen Mietwohnraum angewiesen sind, nicht die Möglichkeit sich gegen Verstöße zu wehren. Wir fordern deswegen

105

- Die Schaffung von Stellen, an denen Berechtigte Mieter*innen kostenlos zu Mietverträgen beraten werden können Die Kommunen sollen dabei jeweils entscheiden können, welche Träger für die Anlaufstellen geeignet sind, selbstorganisierte Formen von Mieter*innen sind aus unserer Sicht dabei zu bevorzugen

110

- Die Finanzierung übernimmt das Land

115

- Die VermieterInnen müssen bei Neuvermietung künftig den vorherigen Mietpreis angeben, so dass für MieterInnen sogleich erkennbar ist, ob die Bremse eingehalten wird. Ferner sind Verstöße gegen die Mietpreisbremse mit Bußgeld zu belegen.

Im Fall eines festgestellten Verstoßes fordern wir

120

- dass MieterInnen seit Vertragsabschluss zu viel gezahlte Miete zurück fordern können.

Günstige Mietwohnungen langfristig fördern und erhalten

125

Derzeitige Wohnraumförderungsprogramme sind oft auf die Förderung von Preisgebundenen Mietwohnungen für 10, 15 oder 25 Jahre ausgelegt. Das führt dazu, dass Investoren Wohnungsbau finanzieren und die Gebäude nach Ablauf der Preisbindung verkaufen. Sofort steigen in der Folge die Mieten. Um langfristig preisgebundene Mietwohnungen zu erhalten, fordern wir

130

- Den Wiedereinstieg in die Wohngemeinnützigkeit. Hierbei sollen Wohnungsunternehmen, die langfristig preisgebundene Wohnungen bauen und erhalten einerseits durch steuerliche Privilegien und andererseits durch ein privilegiertes Nutzungsrecht öffentlicher Grundstücke bevorteilt werden.

135

- Kommunale Wohnungsgesellschaften mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten. Diese sind in der Lage, individuelle Wohnungsbedarfe flexibel abzudecken.

140

Notwendige Bedingungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit soll unter anderem die Verpflichtung sein, für langfristig geförderten Mietwohnraum zu sorgen. Weiterhin fordern wir ein umfassendes Mitbestimmungsrecht für MieterInnen, strikt kostenorientierte Mietpreisgrenzen, transparente Wohnungsvergabeverfahren und durch Einkommens- und Vermögensgrenzen klar definierte Zielgruppen oder ggf. daran angepasste Mietpreise und Engagement in den Quartieren, in Form von Quartiersbüros o.ä.

Finanzierung

145

Wir begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung, die Mittel für den Wohnungsbau in den nächsten Jahren zu erhöhen. Wo in den Ländern ein großer Bedarf an gefördertem Wohnraum erkannt wird, sollte dies vom Bund unterstützt werden. Deshalb fordern wir

- die Bundesregierung dazu auf, die Mittel zur Förderung von sozialem Wohnungsbau abermals zu verdoppeln auf 2 Milliarden Euro pro Jahr sowie Steueranreize für Privatinvestoren zu schaffen.

Antragsbereich Wo/**Antrag 2**

Kennnummer 11415
Kreisverband Zollernalb
Empfänger:
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktion

Förderprogramm für Wohneigentum

Förderprogramm für Wohneigentum

Eine Ursache der ungerechten Vermögensverteilung in Deutschland ist die (im EU-Vergleich) besonders niedrige Wohneigentumsquote. Eigentumsbildung bei der unteren Hälfte der Einkommen ist deshalb dringend nötig und soll durch folgende Maßnahmen gefördert werden: Erledigt durch Beschlusslage

- 5
1. Der Erwerb von Eigentum für Selbstnutzer soll durch **direkte Zuschüsse** (auch als Ersatz für fehlendes Eigenkapital) **anstelle von Steuerabschreibungen** für Wohlhabende gefördert werden. Um die berufliche Mobilität nicht einzuschränken, sollte die Selbstnutzung nicht dauerhaft vorgeschrieben sein.
 2. Wohnbaugenossenschaften sollen bei der Umsetzung eine besondere Rolle spielen: Dazu sollen die Gemeinnützigkeit wieder eingeführt und Formen von Mietkauf ermöglicht werden.
- 10

Begründung:

15 Barbara Hendricks hat mit dem Baukindergeld einen Vorschlag zur Wohnbauförderung gemacht; dieser greift insofern zu kurz, als er vieles unter dem Aspekt fehlender Wohnungen sieht und nicht als Instrument zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit und sozialen Sicherheit begreift.

Zu berücksichtigen ist:

- 20
1. Wohneigentum ist der beste Mieterschutz und sichert vor Altersarmut.
 2. Die besonders ungleiche Verteilung des Eigentums in Deutschland hat ihre Ursache in der niedrigsten Wohneigentumsquote in der EU (46%).
 3. Der Erwerb von Wohneigentum ist in der Familienphase besonders schwierig, weil der Verdienst sinkt und Kredite schwerer zu bekommen sind.
 4. Förderung des Wohnungsbaus über Steuerabschreibungen kommt ausschließlich Wohlhabenden zu gute und vergrößert die soziale Ungleichheit. Sie sind außerdem volkswirtschaftlich ineffizient.
- 25
- 30

Organisation

Antragsbereich O/Antrag 1

Kennnummer 11402
Kreisverband Freiburg
Empfänger:
SPD-Parteivorstand

Antrag Barrierefreier Zugang zu Mikrofonen auf Bundes- und Landesparteitagen, Kongressen und Mitgliederversammlungen

Antrag Barrierefreier Zugang zu Mikrofonen auf Bundes- und Landesparteitagen, Kongressen und Mitgliederversammlungen

Der SPD Kreisverband Freiburg möge beschließen, dass auf zukünftigen Annahme Veranstaltungen wie Parteitag, Kongressen oder Mitgliederversammlungen ein barrierefreier Zugang zu Mikrofonen und Redemöglichkeiten gewährleistet wird.

5

Es sollte zudem auf eine Positionierung von Delegierten im Rollstuhl in der Nähe der Tagungsleitung geachtet werden.

Begründung:

10

In der Vergangenheit kam es auf Parteitagen oder größeren Veranstaltungen vor, dass ein(e) Rollstuhlfahrer*in weder auf die Bühne kam um eine Rede zu halten, noch um für oder gegen einen Antrag zu sprechen. Gewiss kann man an den baulichen Gegebenheiten am Veranstaltungsort wenig bis nichts verändern (zu hohe Bühne, keine Rampe, kein gesonderter Zugang, etc.).

15

Dennoch sollte mindestens vor der Bühne ein Tisch mit einem Mikrofon bereitgestellt werden oder darauf geachtet werden, dass bei Saalmikrofonen mindestens ein Funkmikrofon vorhanden ist.

20

Es sollte zudem auf eine Positionierung von Delegierten im Rollstuhl in der Nähe der Tagungsleitung geachtet werden (kurze Wege, bessere Aufmerksamkeit).

25

Somit ist gewährleistet, dass Mobilitätseingeschränkte sich ebenfalls in die Debatten einbringen können und somit in der SPD einen Beitrag leisten.

Kennnummer 11405
Kreisverband Freiburg
Empfänger:
Bundesparteitag

**Beschlüsse transparenter machen - Beschlüsse transparenter machen -
Bundespartei Bundespartei**

- 5 Beschlüsse der Bundespartei werden mit einer geeigneten Suchfunktion und nicht nur in Form von Beschlussbüchern online gestellt. Annahme in der Fassung der Antragskommission
Als Vorbild könnte das Publikationsarchiv der GEW dienen (gew.de/publikationen) oder das **Der SPD-Landesverband Baden-Württemberg fordert den Parteivorstand auf**, Beschlüsse der Bundespartei ~~werden~~ mit einer geeigneten Suchfunktion und nicht nur in Form von Beschlussbüchern online **zu stellengestellt**.
Beschluss-Wiki der SPD Baden-Württemberg.
- 10 **Begründung:**
Diese Art der Beschlussverwaltung ermöglicht es, gezielt nach Beschlüssen zu suchen, die ein spezielles Thema behandeln. Es erspart viel Zeit, weil nicht jedes Beschlussbuch eigenständig durchgeschaut werden muss. Als Vorbild könnte das Publikationsarchiv der GEW dienen (gew.de/publikationen) oder das Beschluss-Wiki der SPD Baden-Württemberg.
-

Mitglieder der Antragskommission

Bender, Julien	Majer, Thorsten	Sagasser-Beil, Tanja
Binding, Lothar	Marvi, Judith	Schiele, Andrea
Boos, Luisa	Müller, Monika	Seitzl, Lina
Gilitschenski, Igor	Munzinger, Hannes	Soeder, Christian
Dr. Harsch, Daniela	Pawlowski, Sarah	Spörkel, Ralf
Kliche-Behnke, Dorothea	Pfaff, Raphael	Vesper, Fabienne
Könnecke, Birte	Repasi, René	Wahl, Florian
Köpfler, Benjamin	Rolland, Gabi	Weber, Jonas
Lange, Christian	Dr. Rosemann, Martin	Weigle, Sebastian
Leber-Hoischen, Sabine	Roth, Jeannette	

Dr. Martin Rosemann MdB	Vorsitzender
Luisa Boos	Stellvertreterin
René Repasi	Stellvertreter

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

www.spd-bw.de

Texterfassung- und Gestaltung:

Joachim Thomas

Druck

Eigendruck